Suharto-Besuch: Unter Ausschluß der Öffentlichkeit Seite 5

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten KPD/ML

8/70 4. Jahrgang Preis 1,– DM

Zur Kündigung der Tarifverträge in der Metallindustrie

LOHNFRAGEN SIND MACHTFRAGEN

Zum 30. September (Bayern 21. Oktober) sind die Tarifverträge für die 4,5 Millionen Metallarbeiter gekündigt worden. "Wie werden die Lohnverhandlungen in diesem Jahr ausgehen?" fragen sich viele Kollegen, und "Was sagt Ihr Kommunisten dazu?"

Kurz, auch wenn es einem schwer fällt, immer wieder auf das Geschwafel der Unternehmer, daß die Löhne die Preise treiben, einzugehen, einige Fakten:

In der Zeit von 1968 bis 1969 ging der Anteil der Löhne und Gehälter in der eigenen Stahlindustrie pro tausend DM Umsatz von 199,– auf 184,– DM zurück. Im gleichen Zeitraum stiegen die Preise hier um fast 20%.

Ähnlich ist die Entwicklung in anderen Zweigen.' Im Maschinenbau sank der Lohn- und Gehaltsanteil von 313,– auf 304,– DM, die Preise stiegen um 12%. In der Elektrotechnik sanken Lohn- und Gehaltsanteil von 300,– auf 290,– DM, die Preise kletterten um 8%. In der Feinmechanik und Optik von 362,– auf 353,– DM, Preisanstieg 10%. Und so weiter und so fort.

Dagegen erzielten die Metallbosse 1969 die tollsten Rekordgewinne ihrer Geschichte. Die Profite stiegen um volle 30%. In der Automobilindustrie um 40%. Auch für dieses Jahr erwarten die Metall-Industriellen eine gleich günstige Entwicklung. Aus jedem Beschäftigten in der Mobilindustrie preßten die Unternehmer im letzten Jahr einen Bruttogewinn von 7.600,– DM heraus. Insgesamt beträgt der Bruttogewinn der Metallindustrie 17,6 Milliarden DM.

Komplott gegen die Freiheit der Völker Europas

Bonn und Moskau verschachern die Interessen des deutschen Volkes

Mit großem Pomp, mit der „National" hymne "Deutschland, Deutschland über alles", Fernseh-Life-Übertragung wurde in Moskau die Ankunft des westdeutschen Bundeskanzlers Brandt gefeiert. Und als am 12. August 1970 Kossygin, der Vertreter des sowjetischen Sozialimperialismus und Brandt, als Bevollmächtigter des westdeutschen Imperialismus im Katherinen-Saal des Kreml ihre Unterschrift unter das sogenannte Gewaltverzicht-Abkommen zwischen der UdSSR und der BRD setzten, tönten die Reaktionäre aller Schattierungen: Dies sei ein großer Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa und der Welt. In Wahrheit

ist dieses Abkommen nichts anderes als ein gegen die Freiheit der Völker Europas gerichtetes Komplott zweier imperialistischer Großmächte. Ein Abkommen, das im Rahmen der sowjetisch-amerikanischer Zusammenarbeit, der Ausplünderung der europäischen Völker sowie der Vorbereitung eines Krieges gegen die Volksrepublik China dient. Eine zynische Verhöhnung der Souveränitätsrechte der Bevölkerung der DDR und ein Angriff auf das grundlegende Interesse der deutschen Arbeiterklasse: Die soziale und nationale Befreiung Deutschlands.

Wie konnte es zu diesem Kuhhandel zwischen Bonn und Moskau kommen, diesem Vertrag, der von den Verantwortlichen beider Seiten überheblich als "Wendepunkt der europäischen Nachkriegsgeschichte" bezeichnet wird

Was veranlaßte beispielsweise die Herren in Kreml, die noch bis vor wenigen Monaten ein gar mächtiges Geschrei ob der Gefährlichkeit, Hinterhältigkeit und Aggressivität des westdeutschen Imperialismus erhoben, der die Länder des Ostens, allen voran die DDR, in einen Blitzkrieg à la Israel zu erobern trachte, plötzlich die Tonart zu ändern?

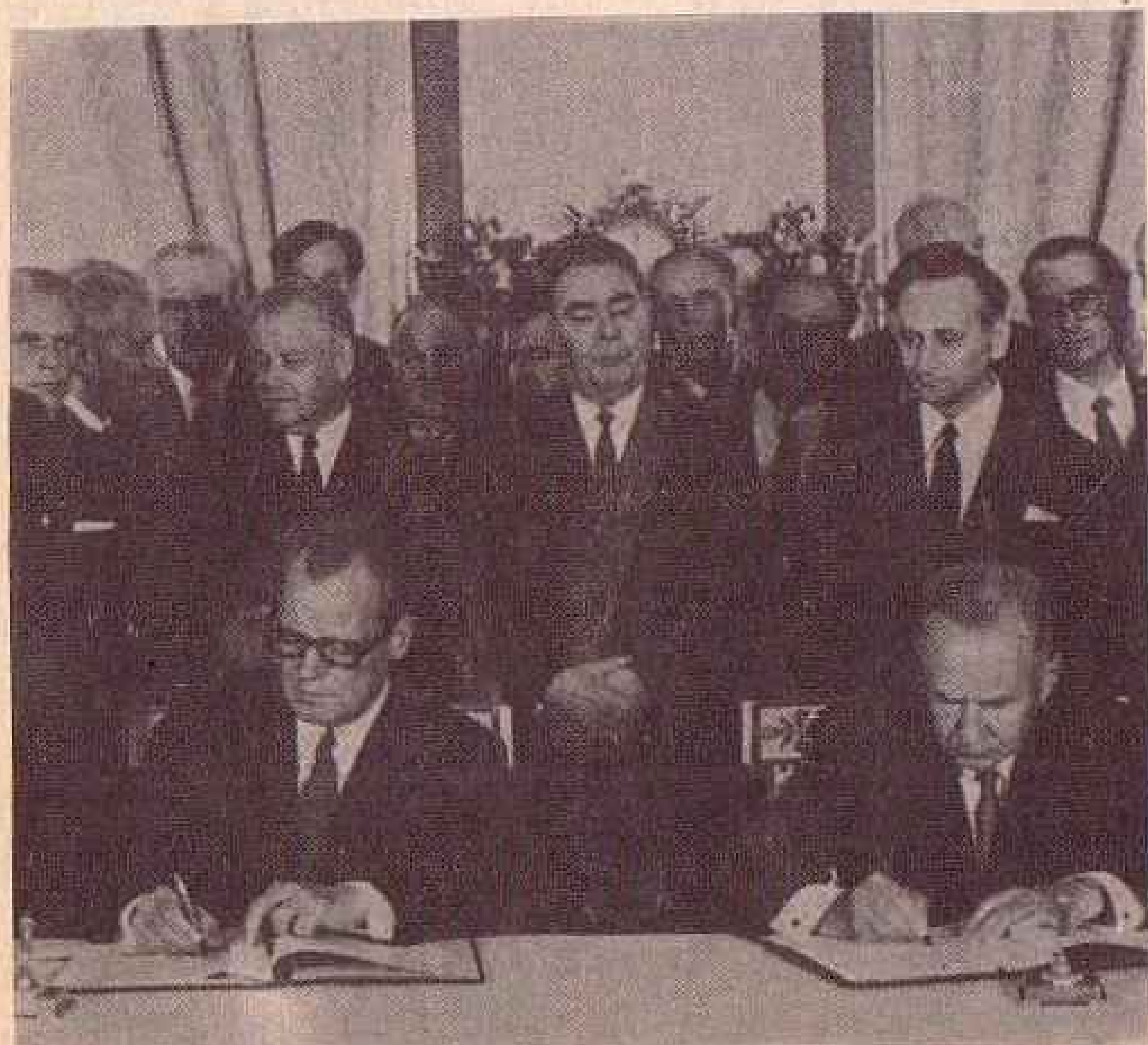
Was veranlaßte sie, die Bundesrepublik als Land mit hochmodernen Fabriken darzustellen, deren Eigentümer nun freundliche Handelspartner sind, nachdem sie noch vor Monaten verkappte Nazis und Revanchisten übelster Sorte waren?

Was veranlaßte sie, mit dem westdeutschen Imperialismus, mit dessen Aggressivität sie vor noch nicht langer Zeit ihren Überfall auf die CSSR begründet hatten, shake hands zu machen und zu behaupten, seit dem Amtsantritt Brandts habe sich das Wesen des westdeutschen Imperialismus geändert? ("Wir dürfen die Bundesregierung nicht mehr als einen Dämon betrachten, vor allem nicht nach der Wahl Brandts zum Kanzler", Chef-Kommentator des sowjetischen Fernsehens, Wiktor Kudrjawzew).

Was hat sich seit dem Regierungswechsel vor einem Jahr geändert? Was hat – aus Moskauer Sicht – aus den westdeutschen Imperialisten inzwischen lammfromme Schäflein, aus dem Saulus den Paulus gemacht?

Besitzt die Bundesrepublik nicht mehr die stärkste, modernste Armee in Westeuropa? Knobelt man hier plötzlich nicht mehr an der Herstellung von Atombomben? (wie vor noch nicht langem aus Moskau behauptet?) Hat sich die pro-faschistische Spitze der Bundeswehr in pure Demokraten verwandelt? Hat der westdeutsche Imperialismus nicht immer noch seine dreckigen Pfoten im Spiel, wo es gegen die Freiheit der Völker wie in Vietnam, Palästina, Angola, Griechenland und Südamerika geht?

Keineswegs, am Wesen des westdeutschen Imperialismus hat sich nicht das Geringste geändert. Er ist neben dem USA-Imperialismus, dem sowjetischen Sozialimperialismus einer der aggressivsten Vertreter seiner Art in der Welt. Geändert hat sich einzig und allein die offizielle Haltung der Herren im Kreml zu ihren westdeutschen imperialistischen Bündnispartnern.



Vertrags-Unterzeichner **Brandt, Kossygin,** Parteichef **Breschnew** (M.)

Die "bösen" und die "guten" Kapitalisten

Wie versuchen nun die sowjetrevisionistischen Machthaber und ihre revisionistischen Ableger in SED und D„K"P den Volksmassen diesen plötzlichen Sinneswandel zu erklären? Sie tischen ihnen das alte Märchen von den "guten" und "bösen" Kapitalisten auf. So wie sie jahrelang USA-Präsident Kennedy, – unter dessen Herrschaft die Aggression gegen Vietnam begann, der bereit war, Fidel Castro in Cuba ermorden zu lassen, – als wahren Humanisten feierten , der im Kampf gegen die bösen kriegstreiberischen Kräfte im Pentagon stand, so versuchen sie jetzt Brandt zum vernünftigen, friedensbereiten Staatsmann emporzujubeln, der sich in heftigen Auseinandersetzungen gegen die kalten Krieger um Strauß und Kiesinger durchsetzen müsse.

Wörtlich im D„K"P-Organ "Unsere Zeit" (UZ) vom 15.8.70: "Noch aber ist der Vertrag nicht gesichert. Die gegen ihn Sturm laufenden rechtskonservativen Kräfte mit Strauß und Kiesinger an der Spitze haben alles getan, um einen Erfolg der Moskauer Verhandlungen zu verhindern. Jetzt formieren sie sich zum Widerstand gegen die Unterzeichnung und Ratifizierung des Vertrages. Sie vertreten die Interessen jener Gruppierungen des Finanzkapitals und der Rüstungsmonopole, die sich mit den Ergebnissen des zweiten Weltkrieges nicht abfinden wollen, die aus Spannungen und Kriegsvorbereitung profitiert haben und weiter profitieren möchten."

Sicherlich gibt es Widersprüche innerhalb der herrschenden Kreise, innerhalb der westdeutschen Monopolbourgeoisie.

Die "europäische" Fraktion

Eine Fraktion, vertreten durch Strauß/Kiesinger, setzt vor allem auf Westeuropa. Dieser Weg wurde mit Bildung der EWG beschritten und war

Während die Profite der Metallindustrie um 30% steigen, erzielten die Arbeiter und Angestellten lediglich eine Real-Lohnerhöhung von 9%.

In der Metallindustrie ist die Produktivität, also in erster Linie die Leistung der Arbeiter und Angestellten, erheblich gestiegen. Von 1968 bis 1969 erhöhte sie sich im Maschinen- und Fahrzeugbau zwischen 7 bis 8%, während andere Zweige, Stahl- und Leichtmetallbau 12,9-prozentige, die Eisen-, Metall- und Blech-verarbeitende Branche gar 17,5-prozentige Produktivitätssteigerungen erzielten.

Das aber heißt für die Arbeitnehmer: Mehr Arbeit, größere Hetze, gesundheitlicher Verschleiß, frühzeitiges Altern, gesteigerte Unfallgefahr.

Fassen wir zusammen: Die Metallbosse haben einen enormen Schnitt gemacht. Doch die Profite der Unternehmer fallen nicht vom Himmel. Sie werden aus den Knochen der Arbeiter herausgeschunden. Mehr Profit für die Unternehmer bedeutet für die Angestellten und Arbeiter weniger Lohn, geringere Lebenshaltung.

Solange der Kapitalismus besteht, müssen die Werktätigen Tag für Tag ihre Arbeitskraft an die Unternehmer, die Besitzer der Produktionsmittel verkaufen und erhalten für die von ihnen geleistete Arbeit nur einen Teil des Wertes, den sie produzieren. Den sogenannten Mehrwert steckt der Unternehmer ein. Natürlich ist der Unternehmer bestrebt, den Teil, den er abkassiert, so groß wie möglich zu halten, denn alles, was er dem Arbeiter vorenthält, trägt zur Steigerung seines Profits, seines Reichtums bei.

Das ist es, was wir Kommunisten unseren Kollegen im Betrieb immer wieder klar machen müssen: daß er Tag für Tag von den Unternehmern, den Besitzern der Produktionsmittel, bestohlen wird. Daß der Staat diesen Diebstahl durch seine Machtmittel, Bürokratie, Justiz, Polizei, Bundeswehr, öffentliche Meinungsmache (Presse, Fernsehen, Film und Rundfunk) legalisiert und schützt. Daß er, wenn er verhindern will, daß man ihm Tag für Tag in die Tasche faßt, diesen

Lohnfragen sind Machtfragen

Staat, diesen sich selbst legalisierenden . Gangstertrust, zerschlagen muß. Daß er dies nur kann durch den Aus- und Aufbau einer-revolutionären, marxistisch-leninistischen Partei.

Zum Kampf zusammenschließen

Daraus ergibt sich aber auch schon unsere Einstellung zu den anstehenden Lohnverhandlungen in der Metallindustrie. *Lohnfragen sind Machtfragen!* Gegen die Willkür der Unternehmer, gegen ihr Streben nach höchsten Profiten und – damit verbunden – ihr ständiges Drücken der Lohnkosten, kann sich der Arbeiter nur erfolgreich wehren, wenn er sich mit seinen Kollegen, seiner Klasse, all jenen, die mit ihnen in der Fabrik Waren herstellen, zusammenschließt. Dieser auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und Angestellten abzielende Zusammenschluß erfolgt zumeist in der Form von Gewerkschaften. *Ihre Aufgabe ist es, in hartem Kampf gegen die Unternehmer den höchstmöglichen Lohn für die Arbeiter und Angestellten herauszuholen, keinesfalls aber sich Gedanken zu machen, wie man die Kapitalisten vor einer Krise bewahren oder gar das kapitalistische System absichern kann.* Wie steht es nun damit? Wird die Gewerkschaft, die IG Metall dieser Forderung gerecht?

Nein! Bereits in der Krise 1966/67 hatte sich gezeigt, daß Gewerkschaftsführer der IG Metall wie auch die anderer im DGB zusammengeschlossener Gewerkschaften offenen Verrat an den Interessen der Arbeiter und Angestellten übten, indem sie sich bereitfanden, zusammen mit Unternehmern und Regierung in der sogenannten "konzertierten Aktion" zu Lasten der Werktätigen, die Kapitalisten aus der Krise zu retten. *Die Arbeiter mußten weitgehend auf Lohnerhöhungen verzichten, während die Unternehmer weiter Gewinne machten.* Bei den Lohnverhandlungen und den Streiks im Herbst letzten Jahres vor den Bundestagswahlen zeigte sich zweierlei:

1) wieder lieferten die Lohnverhandlungen ein Musterbeispiel für das Zusammenwirken der Gewerkschaftsführung mit den Kapitalisten und ihren Handlangern in der Bundesregierung.

2) zeigte es sich, daß ein Teil der westdeutschen Arbeiter den Verrat an ihren ökonomischen Interessen zu durchschauen begann. In vielen Metallbetrieben streikten die Arbeiter gegen den Willen der Gewerkschaftsführung.

Die Angst der Bosse

Die Streiks, die sich nicht nur auf die Metallbranche erstreckten, sondern sich auch auf den Bergbau und andere

Sommer, im Juli, die Zahl der Arbeitslosen erhöht und die Zahl der offenen Stellen verringert.

über hinaus mäßigend auf die fehlgeleiteten und desorientierten Gewerkschaftsmitglieder einzuwirken, sehen wir nicht so schwarz."

Deutlicher konnte man kaum das Wesen einer von den Kapitalisten bestochenen Gewerkschaftsführung, die ihr zugewiesene Rolle, die Interessen der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung zu vertreten, kennzeichnen. Das Dilemma der IGM-Bonzen ist nun das, daß sie diese Rolle nicht offen spielen können, ohne das Vertrauen der Gewerkschaftsmitglieder zu verlieren, die, wenn sie den Verrat durchschauen, sie zum Teufel jagen würden. Gewerkschaftsbosse ohne Mitglieder würden aber wiederum den Kapitalisten nichts nützen, so daß sie auch von diesen einen Tritt in den Hintern bekommen würden.

Die Rolle der Verräter

Was also tun, um sich aus dieser Zwickmühle herauszuwinden? Man haut auf die Pauke. Um die wachsende Unruhe der Kollegen zu beschwichtigen, um zu verhindern, daß es zu "wilden", unkontrollierten Streiks kommt, erhebt man ein wortradikales Geschrei: "Wir werden rausholen, was rauszuholen ist, und koste es, was es wolle!" Oder "Wenn die Unternehmer verschleppen, dann knallt's, bevor es richtig losgeht." Brenner und Co. erklären sogar, daß sie auf die SPD/FDP-Regierung keine Rücksicht nehmen werden. Während der Verhandlungen wollen sie mit all ihren gewerkschaftlichen "Kampf"maßnahmen aufwarten.

Sicherlich werden sie es nicht bei diesen "Drohungen" belassen und in Betrieben, in denen mit großer Unruhe und Streikbereitschaft zu rechnen ist, zu verschiedenen Zeitpunkten Warnstreiks durchführen. Sicher wird es zu Urabstimmungen kommen. Die

Die regionalen (statt zentralen) Tarifverhandlungen werden von der Zeitung der IGM "Metall" damit begründet, "den unterschiedlichen Bedürfnissen der Tarifgebiete gerecht zu werden". Was kann dies anderes bedeuten, als den Kapitalisten in bestimmten Gebieten billigere Arbeitskräfte zuzuschustern? Außerdem erschweren regionale Verhandlungen die Durchführung einheitlicher Lohnkämpfe, was ebenfalls die Position der Bourgeoisie gegenüber dem Proletariat stärkt.

Die Gewerkschaftsführungen unternehmen praktisch nichts gegen die verschiedenen Lohngruppeneinteilungen. Zusätzlich bewirkt die normalerweise angewandte Methode prozentualer Lohnerhöhungen (anstatt linearer Lohnerhöhungen) eine ständige Vergrößerung der bestehenden Lohnunterschiede. Dadurch wird die Benachteiligung von Frauen, Lehrlingen und ausländischen Arbeitskräftemangel nicht in Schwierigkeiten bringen wollen.

". . .ruhig einen erschießen."



Wie müssen wir handeln?

Wie müssen wir Kommunisten uns bei den jetzigen Tarifauseinandersetzungen im IG-Metallbereich verhalten? Im letzten Jahr, anläßlich der Septemberstreiks, war unsere Partei, die KPD/ML, noch keineswegs in der Lage, aktiv lenkend in die Kämpfe einzugreifen. Zwar hat sich die Situation gegenüber dem vergangenen Jahr erheblich verbessert: der Aufbau der Roten Betriebsgruppen ist gerade in Metallbetrieben vorangeschritten, gewerkschaftlich organisierte Genossen greifen als Vertrauensleute und Betriebsräte aktiv im Kampf innerhalb der Gewerkschaften zwecks Entlarvung der verräterischen Position der Gewerkschaftsbosse ein, doch ist die Partei auch heute noch nicht in der Lage, große Massenkämpfe anzuleiten.

Das heißt, Hauptaufgabe der Genossen der KPD/ML bei den jetzigen Tarifauseinandersetzungen ist die Entfaltung der Propaganda zur Verschärfung der Klassenwidersprüche und Entlarvung des Verrats der Gewerkschaftsführung. Diese Propaganda, der erste Schritt zur Gewinnung fortschrittlicher, klassenbewußter Arbeiter zum Aufbau neuer Roter Betriebsgruppen sollte nicht wahllos erfolgen, sondern in den Schwerpunktbetrieben unter Berücksichtigung vorhandener Kräfte.

Die Haltung unserer Genossen bei den kommenden Tarifauseinandersetzungen muß sehr flexibel, sehr beweglich sein. Je nach Situation müssen sie *sich an Streikkomitees beteiligen, bzw. ihre Gründung veranlassen, müssen sie die von Kolleginnen und Kollegen erhobenen Forderungen nachhaltig unterstützen.* In der Gewerkschaft als Mitglied, als Vertrauensleute müssen sie die Gewerkschaftsführung auf die von ihr gesprochenen "harten" Worte festnageln und dadurch entlarven. Bei der Entlarvung der reaktionären Gewerkschaftsführung oder der Revisionisten und Reformisten in D"K"P und SPD gilt es, ständig zwischen der Führung

Branchen ausdehnten, jagten den Kapitalisten einen solchen Schrecken über die wieder-erwachende Kampfbereitschaft ein, daß sie offen äußerten: *"Man hätte ruhig einen totschießen sollen, dann herrschte wenigstens wieder Ordnung"* (BDJ-Präsident Berg).

Aber auch der arbeiterverräterischen Gewerkschaftsführung versetzten die Septemberstreiks 1966 einen gewaltigen Schock. Hatten sie doch, wenn auch noch kurzfristig und spontan, unter großen Teilen der Arbeiterklasse die Erkenntnis verbreitet, daß die Gewerkschaftsführung mit der Bourgeoisie unter einer Decke steckt.

In der gegenwärtigen Situation hat sich der Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat weiter verschärft. Der westdeutsche Monopolkapitalismus befindet sich in der Spätphase einer Hochkonjunktur. *Zum erstenmal seit 1966 hat sich mitten im*

Die sich ihrem Ende nähernde Phase der Hochkonjunktur war für die Unternehmer eine Zeit der Riesenprofite. Für die Werktätigen sprang kaum etwas dabei heraus. Wollten sie höhere Löhne haben, mußten sie Überstunden schieben oder die Akkordleistung erhöhen. Außerdem bekamen sie eine gewaltige Teuerung in allen Bereichen zu spüren: Die Preise, die Mieten stiegen. Die Steuern (Steuervorauszahlung) wurden erhöht. Versicherungsgebühren stiegen an usw. Wieder einmal zeigte sich, daß sich in Westdeutschland, einem der größten Industrieländer der Welt, selbst in Zeiten der Hochkonjunktur die materielle Lage der Werktätigen kaum bessert. *Immer noch ist es so, daß der Lebensunterhalt einer Arbeiterfamilie ohne erhebliche Überstunden, Nebenbeschäftigung oder Mitarbeit der Frau kaum gesichert ist. Die 40-Stunden-Woche steht lediglich auf dem Papier.*

Konzertierte Aktion in Bonn

IG Chemie hat es ihnen bei den diesjährigen Lohnverhandlungen ja bereits vorgemacht: Als sie Warnstreiks auslöste, um die Kampfbereitschaft der Kollegen aufzufangen, in ihnen genehme Bahnen zu lenken, um dann mit den Unternehmern einen faulen Kompromiß auszuhandeln.

Diese lautstarke Taktik der IGM-Bosse soll im Interesse der Unternehmer verhindern, daß es zu langdauernden Streiks in der Metallindustrie kommt. Sie soll die Kampfbereitschaft der Kollegen abwiegeln. Gleichzeitig soll sie verhindern – und darauf legen die Kapitalisten besonderen Wert – daß sich die Metallarbeiter mit den von der Gewerkschaft ausgehandelten Ergebnissen nicht zufrieden geben und wie im letzten Herbst auf eigene Faust zu handeln beginnen.

schen Arbeitern aufrechterhalten. Die entstehende Zersplitterung der Arbeiterklasse in verschiedene Gruppen bietet den Kapitalisten die Möglichkeit, die Arbeiter gegeneinander auszuspielen und sie vom Kampf gegen den einzelnen Kapitalisten und die gesamte Kapitalistenklasse abzulenken.

Der Kuhhandel zwischen Gewerkschaften und Kapitalisten (erst "hohe" Forderungen, von denen man dann im Laufe der Verhandlungen abgeht) soll die Arbeiter zum ständigen Nachgeben erziehen und verhindern, daß sie für die konsequente Durchsetzung von Forderungen kämpfen. Er soll ihnen das Gefühl vermitteln, daß es zwischen ihnen und den Kapitalisten so etwas wie Partnerschaft gibt.

und den einfachen Mitgliedern zu unterscheiden. Die einen als Agenten der Bourgeoisie zu entlarven und schonungslos zu bekämpfen, die anderen durch Überzeugungsarbeit dem Einfluß ihrer Führung zu entziehen, um sie ebenso wie die Unorganisierten, für den Kommunismus zu gewinnen.

Was die ökonomischen Forderungen in der jetzigen Phase betrifft, müssen sie darauf ausgerichtet sein, die wirtschaftliche Lage der werktätigen Masse zu verbessern und ihre Einheit und Kampfstärke zu fördern.

Die Kampfstimmung wächst

Natürlich werden diese Dinge auch von den Werktätigen erkannt. Jede Kollegin, jeder Kollege spürt, wie uns die Preiserhöhung überrollt, während die Löhne wie eh und je hinterherhinken. Die Klassenwidersprüche verschärfen sich. In der Arbeiterklasse wachsen Unmut und Kampfstimmung gegen die unverfrorene Ausbeutung. Immer weniger Arbeiter fallen auf das Klapperstorchmärchen der Bourgeoisie von der "Lohn-Preis-Spirale" herein, lassen sich vom Kampf für ihre wirtschaftlichen Interessen abhalten.

Das ist die Situation, vor der die Gewerkschaftsführer der IG Metall bei den jetzt beginnenden Lohnauseinandersetzungen stehen. Einerseits spüren sie den wachsenden Unmut der Kolleginnen und Kollegen im Betrieb. Andererseits wissen sie aber auch, was ihre kapitalistischen Auftraggeber von ihnen erwarten. Was sie von der IGM-Führung bezüglich der kommenden Lohnverhandlungen fordern, drückten sie ganz offen in ihrem Börsenblatt "Der Aktionär" (Nr. 27 vom 18. 9. 70) so aus:

"... da wir aber die Gewerkschaftsbosse für fähig halten, vernünftige Entscheidungen zu treffen, und dar-

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten.

2 Hamburg 71, Postfach 464

Herausgeber: KPD/ML. Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust. Verlag: Detlef Schneider. Druck: MERKUR-DRUCK, 2000 Hamburg 71, Inh. Karlheinz Brandt.

Erscheinungsweise: monatlich. Einzelpreis DM 1,–. Jahresbezugspreis: DM 11,– (einschließlich Porto)

Der zur Schau getragene "Kampfgeist" der IGM-Bosse hat aber noch eine weitere Bedeutung. Gemäß ihrer Hauptrolle als Agenten der Monopolbourgeoisie innerhalb der Arbeiterschaft sollen sie die Arbeiter in "Ruhe und Ordnung" durch die nächste Wirtschaftskrise führen. Dazu müssen sie sich bereits jetzt einen Rückhalt im Proletariat verschaffen. In der Krise werden sie sich darauf berufen, daß sie für die Arbeiter in der Hochkonjunktur das herausgeholt haben, was herauszuholen war, in dieser Lage dagegen nicht viel zu machen sei. Die Arbeiter von der Notwendigkeit von Lohnkürzungen, Entlassungen, Kurzarbeit und Schließung von Betrieben zu überzeugen und jede Form der Auflehnung abzuwiegeln, das sind die Aufgaben, die die Kapitalistenklasse für diese Situation den Gewerkschaftsbonzen zugedacht hat.

Die reaktionäre Gewerkschaftspolitik läßt sich anhand der laufenden Tarifauseinandersetzung konkret nachweisen. Einige Beispiele:

Der dickste Hund jedoch ist wieder die geforderte 15% Lohnerhöhung auf den Ecklohn. Was soll der Quatsch? Fakt ist doch, daß die Effektivlöhne in der Metallindustrie um 23 bis 24% über den Tarif-, den Ecklöhnen liegen. Das heißt doch nichts anderes, als daß die Unternehmer jetzt schon mehr bezahlen, als die IGM-Bosse fordern. Käme es zur Erhöhung von 15% auf den Ecklohn, so heißt das in der Praxis nichts anderes, als daß die Unternehmer die Effektivlöhne zwar erfahrungsgemäß erhöhen würden, aber eben nicht um 15%, sondern frei nach Schnauze. Also kann die Forderung nicht lauten "15 Prozent Lohnerhöhung auf den Ecklohn", sondern: "Festlegung der neuen Tarife auf den derzeitigen Effektivlohn" – also das, was die Kollegen zur Zeit verdienen (einschließlich der "freiwilligen Zulage") plus 15%.

Daß die Gewerkschaftsbosse im Augenblick Forderungen nach Arbeitszeitverkürzungen, längerem Urlaub, Herabsetzung des Pensionsalters usw. zurückstellen, beweist nur, daß sie die Kapitalisten bei dem noch be-

Genossinnen, Genossen, liebe Leser!

An dieser Stelle allen recht herzlichen Dank, die durch ihre Spenden die Herausgabe des ROTEN MORGEN sicherten. Besonders Dank den Frankfurter Genossen und Sympathisanten, die sich in dieser Hinsicht besonders bemühten. Doch noch sind wir nicht über den Berg. Eine im Zeitungsformatgedruckte Zeitung kostet doch eben mehr als eine DIN A4-Zeitschrift. Neben den Spenden ist die ständige Steigerung des Verkaufs des ROTEN MORGENS die beste Hilfe.

Leider ist aus technischen Gründen die Juli-Ausgabe des ROTEN MORGEN nicht erschienen. Stattdessen wird eine Sonderausgabe vorbereitet, so daß die Streifbandbezieher der Zeitung ihre 12 Exemplare pro Jahr erhalten. Auch das regelmäßige Erscheinen der Zeitung spätestens bis Mitte des Monats wird angestrebt.

Weiter möchten wir alle Genossen und Leser bitten, auch weiterhin durch Kritik, Verbesserungsvorschläge und Artikel an der Gestaltung des ROTEN MORGEN mitzuwirken.

Die Redaktion

Bonn und Moskau verschachern die Interessen des deutschen Volkes

insofern erfolgreich, als er dem westdeutschen Imperialismus die Vorherrschaft auf wirtschaftlichem Gebiet innerhalb dieses Sechserclubs verschaffte. Strauß/Kiesinger wollen die geschaffene Basis zunächst durch eine westeuropäische Währung, durch "politische Einigung" Westeuropas unter westdeutscher Führung sowie durch verschärften Kampf "Europas" gegen die USA um koloniale und halbkoloniale Gebiete erweitern. Dazu wären "europäische" Streitkräfte und eine "eigene europäische Atomstreitkraft" erforderlich, da der "Schutzschirm" der USA wegfallen würde, der bisher im wesentlichen die Ausbeutung der Völker der Welt durch die westeuropäischen Imperialisten garantiert. Von dieser Basis aus, so denken sich Strauß/Kiesinger, wäre einer weitere wirtschaftliche Expansion in Osteuropa durchaus auch noch denkbar, zumal die "Rechtansprüche" der westdeutschen Monopolbourgeoisie auf das Territorium der DDR sowie auf Teile von Polen und der Tschechoslowakei vollauf erhalten bleiben. "Rechtsansprüche", die, bei günstiger internattionaler Lage, die gewaltsame Einverleibung dieser Gebiete erleichtern könnten.

um die Interessen der Bevölkerung der DDR.

Was bedeutet es schon, wenn es im Vertrag heißt, daß die Bundesrepublik die Grenzen zwischen der DDR und der BRD als unverletzlich betrachtet, wenn sie gleichzeitig die DDR völkerrechtlich nicht anerkennt? Wenn sich gleichzeitig die Bundesregierung in der Präambel des Vertrages auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion vor 15 Jahren und damit auf den Brief des damaligen Bundeskanzlers Adenauer an den sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin beruft, in dem es heißt:

1. "Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der UdSSR stellt keine Anerkennung des derzeitigen beiderseitigen territorialen Besitzstandes dar. Die endgültige Festsetzung der Grenzen Deutschlands bleibt dem Friedensvertrag vorbehalten.

2. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Regierung der Sowjetunion bedeutet keine Änderung des Rechtsstandpunktes der Bundesregierung in bezug auf ihre Befugnisse zur Vertretung des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten und in bezug auf die politischen Verhältnisse in denjenigen deutschen Gebieten, die gegenwärtig außerhalb ihrer effektiven Hoheitsgewalt liegen."

In diesem Zusammenhang bedeutet das jetzige Gewaltverzichtsabkommen doch nichts weiter, als daß die westdeutschen Imperialisten die Hoffnung hegen, daß die Rückentwicklung der ehemals sozialistischen Länder zum Kapitalismus, alles in ihrem Sinne lösen wird. Daß sich in nicht ferner Zukunft die modernen Revisionisten der SED mit den alten Revisionisten der SPD, die neue Bourgeoisie der DDR mit der alten Bourgeoisie der Bundesrepublik in eine Art Konföderation zusammenfinden werden.

Ein weiteres Beispiel für die Mißachtung der Souveränität der DDR durch die Bosse im Kreml ist die noch ausstehende "Klärung" der Westberlin-Frage durch die vier Großmächte, auf die die Bonner Regierung vor Ratifizierung des Vertrages im Bundestag besteht. Obwohl Westberlin einwandfrei auf dem Territorium der DDR liegt, denkt niemand daran, die Meinung der DDR-Bevölkerung zu diesem Problem einzuholen. Und Ulbricht, dieser alte Opportunist, wird nach Abschluß der anstehenden Westberlin-Verhandlungen sein sklavisches Ja und Amen sagen.

Die "osteuropäische-atlantische" Fraktion

Die zweite Fraktion der Monopolbourgeoisie, vertreten durch Brandt/Scheel, schlägt einen Weg ein, den man als "osteuropäisch-atlantischen" bezeichnen könnte. Er wäre gekennzeichnet durch die Beibehaltung des jetzigen "lockeren" Zusammenschlusses westeuropäischer imperialistischer und kapitalistischer Staaten, dem andere (England, Norwegen usw.) unter bestimmten Bedingungen beitreten könnten, ohne daß eine besondere "politische Einheit Europas" gefordert würde. Durch ein "europäisches Sicherheitssystem". Durch Konzessionen an die USA in Währungs- und Handelsfragen. Durch verstärkte wirtschaftliche Expansion in Osteuropa. Durch Tendenzen zu einem Arrangement der westdeutschen Monopolbourgeoisie mit der neuen Bourgeoisie der DDR hinsichtlich der gemeinsamen Ausbeu-

reif, da die Rückentwicklung zum Kapitalismus in der DDR aus der Sicht der westdeutschen Bourgeoisie noch nicht jenes Stadium erreicht hat, das es ihr erlauben würde, offen mit der neuen DDR-Bourgeoisie die Beute zu teilen. Sie befürchtet, dabei übervorteilt zu werden und traut den ausgestreckten Armen der Ulbricht/Stoph-Clique noch nicht so recht, obwohl diese sich redlich bemüht, ihr den Braten mit Gewürzen wie "Entwicklung allseitiger wirtschaftlicher Beziehungen" schmackhaft zu machen. Vorläufig ist die westdeutsche Monopolbourgeoisie jedoch nicht bereit, ihre neue Partnerin, die gleichzeitig ihre Konkurrenz auf deutschem Boden ist, anzuerkennen. Sie hofft, durch liebevollen Umgang mit den sowjetischen Sozialimperialisten (der zudem für sie ein gutes Geschäft ist) die DDR-Bourgeoisie an

Die Interessen des westdeutschen Imperialismus

Soweit zur Mißachtung der Souveränitätsrechte, soweit zur Mißachtung der Interessen der Werktätigen der DDR. Was bewog nun die westdeutschen Imperialisten, dieses Abkommen mit den Sozialimperialisten im Kreml abzuschliessen?

spruchs im Rahmen des westeuropäischen Bündnisses, der EWG.

▶▶ Die westdeutschen Monopolbourgeoisie erhofft sich durch den verstärkten Handel, die Erschließung sowjetischer Rohstoffquellen, dem Bau riesiger Werke, Kreditgewährung usw. dem kapitalistischen

Kreml geht es nicht darum, daß die übrigen Warschauer Pakt-Staaten keine eigenen Beziehungen zur Bundesrepublik herstellen, sondern darum, daß sie es unter ihrer Aufsicht und mit ihrer Billigung tun, damit ihre vorrangigen Interssen gewahrt bleiben. Wenn jetzt die neuen Zaren in Moskau ihre Politik gegenüber der Bundesrepublik änderten, so sind die Gründe dafür:

▶▶ Dieses Abkommen liegt im direkten Interesse der Zusammenarbeit der USA-Imperialisten mit den Sozialimperialisten der UdSSR, um die Aufteilung der Welt in Interessensphären und Unterdrückung des Freiheitskampfes der Völker. Nicht umsonst holte sich Brandt vor seinem Moskau-Tripp Grünes Licht bei US-Präsidenten Nixon. Nicht umsonst wurde dieses Abkommen von den USA-Imperialisten begrüßt. Die neuen Zaren im Kreml sehen ihren Hauptfeind in der Volksrepublik China. Allein die Existenz dieses großen sozialistischen Landes, das konsequent auf dem von den Klassikern des Marxismus-Leninismus gewiesenen Weges, des Aufbaus des Sozialismus zum Kommunismus hin fortschreitet, versetzt sie, die Verräter am Erbe Marx, Engels, Lenins und Stalins in Angst und Schrecken. Durch das sozialistische China sehen sie ihre eigene faschistische Herrschaft und neokolonialistische Großmachtpolitik anderen Völkern gegenüber gefährdet. So sind sie bestrebt, gemeinsam mit ihren amerikanischen Bündnispartnern, dem US-Imperialismus, einen Ring der Einkreisung um China zu legen. So planen sie in einem Angriffskrieg à la Hitler die Volksrepublik China zu überfallen. Dazu aber brauchen sie Rückenfreiheit. So wie sie bereits vorher mit Japan ein Handelsabkommen zur wirtschaftlichen Erschliessung Sibiriens schlossen, und damit das Territorium sowie die Arbeitskraft der Werktätigen der Sowjetunion der ausländischen Ausplünderung freigaben, so versuchen sie es jetzt im Westen mit der Bundesrepublik. Dabei ist das Gewaltverzichtsabkommen nur der erste, notwendige Schritt, um zu dem seit langem propagierten europäischen Sicherheitspakt zu kommen. Dies wurde auch auf der zum 20.8. einberufenen Moskauer

tung des deutschen Volkes, das seine Krönung in der von Renegaten Ulbricht ausgebrüteten "Konföderation beider deutscher Staaten" finden könnte. Zu letzterem ist die Zeit noch nicht die Wand zu spielen, um auf diese Weise vielleicht doch noch ungeteilt über ganz Deutschland herrschen bzw. das deutsche Volk ausbeuten zu können.

Welche wird sich durchsetzen?

Welche Fraktion der Monopolbourgeoisie sich letzlich durchsetzen wird, die "europäische" oder die "Osteuropäisch-atlantische" ist im Augenblick nicht zu entscheiden. Die "Europäer" Strauß/Kiesinger scheinen gegenwärtig an Boden zu verlieren, die Strategen der "neuen Ostpolitik" dagegen zu gewinnen. Da beide Cliquen jedoch reale Kräfte innerhalb der westdeutschen Monopolbourgeoisie vertreten, kann – je nach Interessenlage – entweder die eine oder die andere an die Macht gelangen. Dem Wesen nach sind sie beide Agenten des westdeutschen Imperialismus, dessen aggressiver Charakter sich auch unter einer Brandt/Scheel-Regierung nicht geändert hat. Strategisch sind sich Brandt und Strauß dahingehend einig, daß es gilt, den Einflußbereich des westdeutschen Imperialismus zu erweitern, nur taktisch, hinsichtlich der Methoden zur Verwirklichung dieses Ziels unterscheiden sie sich. Brandt säuselt ein wenig mehr mit den Worten "Frieden", "Entspannung", "friedlicher Koexistenz", "europäischer Sicherheit", "Gewaltverzicht" und schlägt mit diesen verzukkerten Giftpillen dem westdeutschen Kapital dort eine Bresche, wo die geschwungene Keule des Herrn Strauß keinen Vorteil brachte. *Doch erinnern wir uns: Hat der Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion Hitler daran gehindert, diese zu überfallen? Solange der westdeutsche Imperialismus und seine größte Keule, die Bundeswehr, bestehen, kann es keinen Frieden, keine Gewaltlosigkeit in Europa geben.*

Was hat den westdeutschen Imperialismus nun dazu bewogen, seine Taktik gegenüber der Sowjetunion zu ändern? Anfangs, unter der Herrschaft Adenauers, war man davon ausgegangen, die verlorengegangenen Gebiete im Osten mit Gewalt wiederzugewinnen. Man rechnete mit einer militärischen Auseinandersetzung zwischen den USA und der damals noch sozialistischen UdSSR. Als sich später, Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre durch den Verrat der Chruschtschow-Revisionisten am Sozialismus eine weltweite Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den USA abzuzeichnen begann, mußten die westdeutschen Imperialisten einsehen, daß sie von sich aus nicht in der Lage sein würden, diese Zusammenarbeit zu torpedieren. Dies war einer der Gründe für den Sturz Adenauers. Nach einem Übergangskabinett Erhard kam es zur großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD. Die westdeutschen Imperialsiten begannen ihre Taktik zu ändern. Was auf gewaltsamen Wege nicht erreicht werden konnte, versuchte er jetzt durch eine Politik der Aufweichung, des Ausspielens der verschiedenen Interessen der Staaten des Warschauer Paktes untereinander zu erreichen. Sein Hauptziel: die Isolierung der DDR. An dieser Taktik hat sich bis heute nichts geändert.

Mißachtung der Souveränität der DDR

Man braucht sich nur vor Augen zu halten, wie schamlos die Interessen der Bevölkerung der DDR durch das Gewaltverzichtsabkommen, durch die Sowjetunion verraten wurden. Obwohl man dem ostdeutschen Satelliten und Juniorpartner hoch und heilig versichert hatte, man werde nicht über seinen Kopf hinweg, ohne die völkerrechtliche Anerkennung der DDR erreicht zu haben, sich mit der Bonner Regierung verständigen, scherte man sich im Kreml einen Dreck

Es sind handfeste wirtschaftliche Interessen, die die westdeutsche Monopolbourgeoisie zum Abschluss dieses Vertrages bewogen, von dem sie sich eine Erweiterung der Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion verspricht. Der Schock der 1966/67ger Krise sitzt der Westdeutschen Monopolbourgeoisie noch tief in den Knochen. Daß diese Krise kein größeres Ausmaß – mit einigen Millionen Arbeitslosen erreichte –, lag vor allem daran, daß die westdeutsche Wirtschaft auf Grund der günstigen internationalen Situation den Warenexport auszuweiten vermochte. Zum Beispiel konnte sich damals das VW-Werk mit Kurzarbeit über Wasser halten, weil ca. 70 % seiner Produktion ins Ausland gingen. Wäre es damals im westlichen Ausland – vor allem in den USA – zu einer gleichzeitigen Krise gekommen, die Folgen für die westdeutsche Monopolbourgeoisie wären unübersehbar geworden. Um gegen eine solche sich abzeichnende Entwicklung gesichert zu sein, versucht man sich verstärkt die Märkte des Ostens zu erschließen, in der Hoffnung, so die unausbleibliche Krise in Grenzen zu halten und sich gleichzeitig neue Märkte und gewaltige Profitquellen erschliessen zu können.

Die westdeutsche Monopolbourgeoisie verspricht sich durch das Moskauer Abkommen eine Stärkung ihres Führungsan-

gewährung usw. dem kapitalistischen Profitdenken in der Sowjetunion ständig größeren Einfluss zu verschaffen. Damit arbeiten sie den Machthabern im sowjetischen Partei- und Staatsapparat, die die Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Massen nach westlichem Vorbild organisieren, direkt in die Hände. Schon der ehemalige US-Präsident Kennedy hat in diesem Sinne die Ausweitung des Handels mit den "sozialistischen Staaten" als ein wirksames Mittel der ideologischen Aufweichung bezeichnet, da in jedem Gespräch, durch jeden in diesen Staaten arbeitenden westlichen Ingenieur kapitalistisches Gedankengut verbreitet und die Bindung an den Westen enger würde. Eine These, die sich am jugoslawischen Beispiel im fortgeschrittenen Stadium am besten beweisen läßt.

Der westdeutsche Imperialismus strebt durch die Intensivierung seiner diplomatischen und Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion, aber auch mit anderen Ländern des Warschauer Paktes, wie Polen, Bulgarien, Ungarn, der CSSR sein Ziel an, der Einkreisung der DDR näher zu kommen, um diese so sturmreif zu schiessen. Indirekte Unterstützung findet er dabei von der neuen Bourgeoisie in der DDR, der verräterischen Stoph/Ulbricht-Clique, die bereit ist, die Interessen der Arbeiter, Bauern und übrigen Werktätigen der DDR den imperialistischen Interessen ihrer Bosse im Kreml zu opfern.

Die Interessen des sowjetischen Sozialimperialismus

Das sind im wesentlichen die Interessen, die die Brandt/Scheel-Regierung im Auftrag der westdeutschen Monopolbourgeoisie, der Krupps, Flicks, Thyssen & Co. zum Abschluss dieses sogenannten Gewaltverzichtsabkommens bewogen. Wie steht es nun um die Interessen der Sozialimperialisten in Moskau? Was bewog sie zu dieser radikalen Änderung ihrer Politik gegenüber dem westdeutschen Imperialismus? Hatten sie bis vor kurzem noch die Aggressivität des westdeutschen Imperialismus in den schwärzesten Farben gemalt, um ihre Satelliten am Gängelband zu halten, so haben sie sich inzwischen durch die sogenannte Breschniew-Doktrin das Mittel geschaffen, das es ihnen erlaubt, bei etwaigen Abweichungen vom Kurs der alleinseligmachenden Herren im Kreml militärisch in den betreffenden Staaten zu intervenieren. Das Beispiel der CSSR zeigt, daß dieses Verhalten von den USA-Imperialisten stillschweigend gebilligt wird. Den Herren im

Konferenz der Parteichefs der Warschauer Pakt-Staaten bestätigt. Kurz zuvor, am 15.8., hatte der 1. stellvertretende Ministerpräsident der UdSSR, Kirill Masurow, den entsprechenden Vorschlag für die Herstellung eines kollektiven Sicherheitssystems für Asien wiederholt. Das alles zeigt klar wie angelegen es sich die Regierung der UdSSR sein läßt, ihre Aggressionspolitik gegenüber der Volksrepublik China voranzutreiben.

Wenn es auch zwischen dem sowjetischen Sozialimperialismus und dem US-Imperialismus eine globale Zusammenarbeit gibt, gibt es auch widerstreitende Interessen. In dieser Hinsicht ist es das Moskauer Streben – wie schon im Falle Japans – die Bundesrepublik aus der amerikanischen Abhängigkeit zu lösen, den eigenen Einfluß in Westeuropa zu erweitern und dem westdeutschen Imperialismus eine führende Rolle in Europa zuzuweisen. Wichtig für die Sowjetunion ist nicht nur, den militärischen Druck an ihrer Westflanke, der von der Bundesrepublik, sondern auch den der von der amerikanischen Truppenkontingenten ausgeht, zu mindern. Gleichzeitig beobachtet die Kremlführung mit Sorge, das Anwachsen der revolutionären Kräfte in Westeuropa. Nichts wäre beispielsweiser für die Revisionisten in Moskau unangenehmer, als das Entstehen eines unabhängigen sozialistischen Deutschlands. Sie würden Himmel und Hölle in Bewegung setzen, um dies zu verhindern. Über die von ihnen abhängigen revisionistischen Parteien Westeuropas spielen sie schon lange das Spiel der Unterdrückung aller echten revolutionären Bestrebungen, wie dies anläßlich der Mai-Ereignisse vor zwei Jahren in Frankreich deutlich wurde. Sie wissen aber auch, daß auf die Dauer ihre sich immer mehr diskreditierenden revisionistischen Handlanger nicht in der Lage sein werden, den revolutionären Kampf der Volksmassen Europas niederzuhalten. Deshalb bemühen sie sich schon jetzt um einen verläßlichen imperialistischen Bündnispartner. Da ihnen die Regierung Frankreichs, Italiens und andere in dieser Hinsicht

nicht verläßlich genug erscheinen, bauen sie auf die Regierung Brandt/Scheel und weisen den westdeutschen Imperialismus die Gendarmen-Rolle in Westeuropa zu. Nicht umsonst wurden beispielsweise die bestehenden NATO-Verpflichtungen in der Bundesrepublik in dem Moskauer Vertrag in keiner Weise berührt. Auch wenn die Brandt/Scheel-Regierung nicht wiedergewählt würde, spricht vieles dafür, daß ihre Nachfolger den durch sie eingeschlagenen Weg weiterverfolgen werden. Bezeichnend ist, daß der Vertragsabschluss selbst von äußersten Rechten, der NPD, nach dem Motto: "Jetzt gehen wir mit den Russen" begeistert begrüßt wurde. Dadurch, daß in der Präambel des Moskauer Vertrages das Weiterbestehen der Pariser Verträge garantiert wurde, indem auch die Wiedervereinigung im westlichen Sinne als Ziel festgelegt ist, ist auch der Einverleibung der DDR durch die Bundesrepublik noch nicht einmal ein vertraglicher Riegel vorgeschoben.

Der dritte Grund ist die sich ständig verschlechternde wirtschaftliche Lage in der Sowjetunion. Chruschtschows sogenannter "Gulasch"-Kommunismus (1970 sollte die Sowjetunion die USA "in der Produktion pro Kopf der Bevölkerung überflügeln") hat völligen Schiffbruch erlitten. Das Neue Wirtschaftssystem, das den materiellen Anreiz, die Jagd nach dem Rubel an erste Stelle setzt, hat das wirtschaftliche Chaos vergrößert. So ist es gang und gäbe, daß in der Sowjetunion die einfachsten Dinge des täglichen Lebens in den staatlichen Läden sehr oft Mangelware sind. Der Schwarzmarkt dagegen blüht. Hohe Staats- und Wirtschaftsfunktionäre, Hauptstützen der neuen imperialistischen Großbourgeoisie, sind in gigantische Schiebereien verwickelt und bereichern sich auf Kosten des sowjetischen Volkes. Die staatlichen Pläne werden nicht mehr erfüllt. Infolgedessen sank die Industriproduktion auf die geringste Zuwachsrate seit Kriegsende, die Landwirtschaft erzeugt trotz wachsender Bevölkerung weniger denn zuvor. Statt sich selbst und seine Bande von Renegaten, die die kapitalistische Produktionsweise in der Sowjetunion in beschleunigtem Maße wieder eingeführt, für den Rückgang verantwortlich zu machen, schob Parteichef Breschniew alle Schuld auf die Arbeiter und Bauern, die zu faul seien, obwohl diese trotz 1967 eingeführter 5-Tage-Woche, wie die Gewerkschaftszeitung "Trud" berichtet, sehr oft 12 bis 14 Arbeitsstunden täglich arbeiten müssen.

Diese allgemeine wirtschaftliche Misere versuchen jetzt die Machthaber in Moskau durch eine enge wirtschaftliche Kooperation mit den imperialistischen Staaten des Westens, vor allem der Bundesrepublik zu begegnen. Da sie nicht genügend Kapital haben, um ihre eigenen Bodenschätze zu erschliessen, versuchen sie es durch Kapitalinvestitionen aus dem Ausland zu erhalten. So wie sie mit Japan Verträge über Kapitalinvestitionen bezüglich der Ausbeutung sowjetischer Kupfervorkommen, der gemeinsamen Erschliessung sibirischen Erdöls und des gemeinsamen Baus eines großen Hafens an der Pazifik-Küste schlossen, versuchen sie jetzt mit der westdeutschen Monopolbourgeoisie groß ins Geschäft zu kommen.

Schon Lenin sagte, daß die Kapitalisten niemals Geld geben werden, um den Sozialismus aufzubauen. Und jeder Arbeiter und Angestellte bei uns weiß aus der Praxis, daß wenn ihm der Unternehmer einen Kredit anbietet, er dies nur tut, um ihn umso enger an sich zu binden. Wie sollte es im Weltmaßstab anders sein? Selbst Chruschtschow hatte noch vor Jahren Tito vorgeworfen, er nehme westliches Kapital an, damit könne man den Sozialismus nicht aufbauen. Heute nimmt die Sowjetunion viel größere Kredite aus dem Westen, als es Jugoslawien jemals tat. Das zeigt die ganze Verlogenheit der Bosse im Kreml, das zeigt, wie weit sie schon dem jugoslawischen Beispiel gefolgt sind: dem "kapitalistischen Weg zum Aufbau des Sozialismus".

Die modernen Revisionisten betreiben den Handel mit den kapitalistischen Staaten prinzipenlos, nur auf den unmittelbaren Nutzen bedacht, und behaupten, alles was der Entwicklung der Produktivkräfte dient, sei gut für den Sozialismus.

Als Marxisten-Leninisten wissen wir: daß der, der die Entwicklung der Produktivkräfte losgelöst von den Produktionsverhältnissen betrachtet, einen äußerst gefährlichen Weg geht. Diese Trennung muß genau das Gegenteil – zurück zum Kapitalismus, wie wir es in der Sowjetunion sehen – bewirken. Aufbau des Sozialismus heißt nicht in erster Linie Entwicklung der Produktivkräfte – obwohl dies auch sehr wichtig ist – sondern Entwicklung des neuen Menschen. Entscheidend ist, unter welchen Verhältnissen die Entwicklung der Produktikräfte stattfindet. Dort, wo die Diktatur des Proletariats in die Diktatur einer neuen Monopolbourgeoisie – im Zentralkomitee der KPdSU gibt es noch ganze drei Arbeiter und keinen Bauern mehr, seitdem der letzte vor 2 Monaten gestorben ist – verwandelt wurde, dient die Entwicklung der Produktivkräfte allein der Festigung der Herrschaft der Bourgeoisie.

Wenn uns die modernen Revisionisten vorhalten, auch unter der Führung Lenins habe im April 1922 die Sowjetunion in Rapallo ein Wirtschaftsabkommen mit Deutschland geschlossen, so ist zu berücksichtigen, unter welchen Bedingungen dieser Abschluss zustande kam. Damals war die junge Sowjetunion von Feinden umgeben, die Wirtschaft des Landes völlig zerstört. Deutschland war nach dem verlorenen Krieg isoliert. Der Vertrag über die Wiederherstellung diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen und beiderseitigem Verzicht auf Kriegsentschädigung verhinderte die Schaffung einer kapitalistischen Einheitsfront gegen die UdSSR.

Wer aber kann die Sowjetunion von damals, die aus ihrer wirtschaftlichen Notlage heraus gezwungen war, wirtschaftliche Kompromisse einzugehen – selbst wenn diese zu ihren Lasten gingen –, mit der heutigen Sowjetunion, der zweitstärksten Industriemacht der Welt, vergleichen? *Was damals bittere Notwendigkeit war, ist heute absoluter Verrat!*

sind diese grundsätzlich zinslos. Wenn sie ihre Spezialisten in andere Länder zur technischen Hilfe schickt, passen sich diese den Lebensgewohnheiten des jeweiligen Landes an und benehmen sich nicht wie Kolonialherren, wie es bei sowjetischen Spezialisten üblich ist. So erhalten die chinesischen Spezialisten, die sich zur Zeit in Albanien befinden, freie Unterkunft und Verpflegung und dazu ein kleines Taschengeld. Das ist wahre brüderliche, sozialistische Hilfe.

Den Verrat auf die Spitze getrieben

Doch kommen wir zum Ausgangspunkt, dem sogenannten Gewaltverzichtabkommen zurück. Mit diesem Abkommen haben die Herren im Kreml ihren Verrat auf die Spitze getrieben. Dieser Vertrag ist eine Beleidigung, eine Verhöhnung all jener Millionen Opfer, die im Kampf gegen die Hitler-Diktatur gefallen sind.

Nicht nur, daß die Sowjetrevisionisten die CSSR betrogen: Noch am 6. Mai hatte die Sowjetunion im sogenannten Freundschaftspakt mit der CSSR zugesichert, sie gehe beim Vertragsabschluss mit der Bundesrepublik davon aus, daß das Münchner Abkommen "von Anfang an ungültig" sei. Mit dem Bonner Unterhändler Egon Bahr aber vereinbarte Sowjetaussenminister Gromyko lediglich "eine für beide Seiten annehmbare Regelung".

Nicht nur, daß die Machthaber in Moskau die polnischen Interessen

letzten Ostblock-Gipfeltreffen hatte die Sowjetunion zugesagt, daß sie bei Vertragsabschluss mit der Bundesrepublik die Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze "auf völkerrechtlicher Grundlage" durchsetzen wolle. Egon Bahr dagegen: "Es ist völlig klar, daß die völkerrechtliche Anerkennung der Grenzen durch die Bundesrepublik Deutschland nicht möglich ist."

Nicht nur, daß die Sozialimperialisten im Kreml die Interesse der

Riesengeschäfte

Wie weit der Ausbau des Handels zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik bereits gediehen ist, und was uns in dieser Hinsicht noch bevorsteht, dazu kurz einige Fakten: Getreu der Chruschtschow-These, daß der Ost-West-Handel ein "Ozean der unbegrenzten Möglichkeiten" sei, schlossen im Februar dieses Jahres der Thyssen-Mannesmann-Konzern mit seinem sowjetischen Partner ein Rie-

brik der Welt wurde bereits begonnen. Das gesamte Projekt soll einen Wert von 4 bis 6 Milliarden D-Mark haben. Davon wollen westdeutsche Firmen die Hälfte übernehmen. Den Rest sollen sich die Firmen Renault, Fiat und DAF teilen. Da die Sowjetunion nicht in der Lage ist, diese Summe zu bezahlen – schon im letzten Jahr kaufte sie für 276 Millionen DM mehr westdeutsche Waren, als sie in die Bundesrepu-

Für korrekte Handelsbeziehungen

Heißt das, daß wir gegen Handelsbeziehungen zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern sind? Nein! Nur dieser Handel hat sich in korrekten Bahnen auf der Grundlage der gegenseitigen Vorteils, d.h. Zug um Zug – Ware gegen Ware zu vollziehen. Keinesfalls darf dabei eine langfristige Verschuldung eines sozialsitischen Landes gegenüber den Kapitalisten herauskommen. Ein Vorbild in dieser Beziehung ist die Volksrepublik China, der einzige Staat der Welt, der weder

Clique denkt und handelt eben rein imperialistisch, auch was ihre wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen zu den anderen revisionistischen Ländern und den Ländern der dritten Welt betrifft. Wenn beispielsweise die Sowjetunion Waren in die kapitalistischen Länder liefert, nimmt sie dafür einen niedrigeren Preis, als wenn sie die gleichen Waren ihre revisionistischen Satelliten verkauft. Diese müssen dafür ungleich mehr bezahlen, erhalten aber umgekehrt für Waren, die sie

sengeschäft im Wert von über 1 Milliarde D-Mark ab. Großröhren des Ruhr-Kombinats sollen gegen Erdgas aus Sibirien eingetauscht werden. Das Geschäft wurde durch einen 1,2 Milliarden-DM-Kredit seitens deutscher Großbanken finanziert. Die Dortmunder Friedrich-Uhde-GmbH, Tochter der Farbwerke Hoechst, die bereits 1967 und 1968 Kunstdüngerfabriken nach Tschinkent und Taschkent geliefert hat, verhandelt über neue Großaufträge. Die Ludwigshafener BASF beginnt dieser Tage mit dem Bau einer Anlage für Synthetikfaserprodukte im Werte von 80 Millionen D-Mark bei Sewerodonzek in der Ukraine. Der bundeseigene Salzgitterkonzern, der in den vergangen 10 Jahren schon vier Kunststoffabriken in der Sowjetunion gebaut hat, verhandelt über die Lieferung weiterer Großanlagen. Die Linde-AG verhandelt über mehrere Vorhaben, darunter über ein 100-Millionen-DM-Projekt der Petro-Chemie. Inzwischen haben auch im Wolfsburger VW-Werk Verhandlungen stattgefunden, in denen eine eventuelle Zusammenarbeit mit der sowjetischen Seite ins Auge gefaßt wird.

Dies ist nur ein Teil der bisher getätigten und sich anbahnenden Geschäfte. Das bisher größte Geschäft ist der geplante Bau eines riesigen LKW-Werks, eines Mammut-Projekts 1000 Kilometer östlich von Moskau in der Nähe der Ortschaft Nabereschnyie Tschelny durch Daimler Benz. Mit den Erdarbeiten für die größte LKW-Fa-

blik exportierte –, ist sie auf Kredit angewiesen. Konnte das Großröhrengeschäft noch durch Kredite westdeutscher Banken finanziert werden, ist bei dem Bau des Mammutprojekts von Daimler Benz eine Milliarden-Bürgschaft des westdeutschen Staates unumgänglich, die zu stellen sich Bonn – laut Nachrichtenagentur UPI – auch schon bereit erklärt hat.

Den Sowjetrevisionisten ist es egal, woher diese Kredite kommen. So haben sie beispielsweise beim Bau des Fiat-Werks in Togliattigrad an der Wolga von der Mc-Namara-Weltbank Geld angenommen. Das zeigt ihre enge Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus, die sie jetzt auch mit dem westdeutschen Imperialismus anstreben. Die Laufzeit der Kredite der Mc-Namara-Bank beträgt 15 bis 20 Jahre. Eine Fiat-Klausel besagt, daß–solange die Kredite nicht bezahlt sind, die Sowjetunion Autos dieses Werkes nicht auf dem Weltmarkt verkaufen darf. Bei den Krediten seitens der Bundesrepublik ist mit einer ähnlich langen Laufzeit zu rechnen.

Wie argumentieren nun die Sowjetrevisionisten und ihre Nachbeter bezüglich ihrer Geschäfte mit den westlichen Imperialisten? Sie sagen, wenn uns die Kapitalisten Geld geben, ist es ihr Hauptziel, Profit zu machen und sagen dann, daß man damit den Sozialismus aufbauen könne.

Inlands- noch Auslandsschulden hat. Auch die Volksrepublik Albanien ist mit keinem Pfennig bei ihren westlichen Handelspartnern verschuldet.

In jedem Fall müssen beim Handel zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten politische Gesichtspunkte berücksichtigt und abgewogen werden. Wenn beispielsweise die Sowjetunion mit faschistischen Diktaturen wie Brasilien, Indonesien und anderen nicht nur Handel treibt, sondern diesen auch Kredite gewährt und Waffen zur Unterdrückung des Freiheitskampfes der dortigen Völker liefert, was auch für Indien zutrifft, so zeigt das die grenzenlose Verkommenheit der herrschenden Clique im Kreml.

Aber die revisionistische Kreml-

in die Sowjetunion ausführen, nicht das, was sie beim Verkauf in den Westen dafür erhalten würden. Die Sowjetrevisionisten betrachten die von ihnen beherrschten, revisionistischen Länder als billige Ausbeutungsobjekte. So liefern sie beispielsweise ihr Erdöl billiger an Italien als an die CSSR, während umgekehrt die Polen ihre Kohlen jahrelang weit unter dem Weltmarktpreis an die Sowjetunion liefern mussten. Auch gegenüber den Ländern der dritten Welt benehmen sie sich wie feilschende kapitalistische Händler. So versuchen sie ständig, deren Rohstoffe unter dem Weltmarktpreis einzukaufen. Wenn sie Kredite gewähren, verlangen sie dafür 5–6% Zinsen. Nur dort, wo sie sich in Konkurrenz zur Volksrepublik China befinden, lassen sie sich herab, den Zinssatz auf 1–2% zu senken.

Ausbeutung sowjetischer Arbeiter durch die Kapitalisten

Die Wirklichkeit ist jedoch so, daß durch die mit Zinsen von 6,25% gekoppelte Kreditgewährung (beim Röhrengeschäft) direkt die Arbeitskraft der sowjetischen Werktätigen durch die Kapitalisten ausgebeutet wird, die sich so einen Teil des Mehrwerts aneignen. Daneben machen die ausländischen kapitalistischen Unternehmen hohe Profite. Bei Thyssen-Mannesmann springt soviel dabei heraus, daß sie in der Lage waren, dem Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank weitere 2,25% Zinsen zuzuschustern, so daß der Gewinn der Banken allein 8,5% beträgt. Daimler-Benz plant, für jeden fertiggestellten Schwerlaster eine Lizensgebühr von 300 Mark zu erheben, würde also bei jährlich 150 000 hergestellten LKW 45 Millionen DM Profit einstreichen.

Sogenannte "brüderliche Hilfe"

Diese sogenannte "brüderliche Hilfe" der Sowjetrevisionisten musste bereits vor Jahren die Volksrepublik Albanien erfahren. Als Chruschtschow 1959 in Albanien weilte, versuchte er die Albaner davon abzuhalten, eine eigene Industrie zu entwickeln, obwohl das Land reich an Bodenschätzen ist. Was die Landwirtschaft betraf, empfahl er, nur Zitrusfrüchte anzubauen. Das, was Albanien an Brotgetreide gebrauche, könne die Sowjetunion liefern. Das sei so viel, wie bei ihnen (in der Sowjetunion) die Mäuse fressen. Als dann, im Jahre 1960, Albanien eine schlechte Getreideernte hatte, und sich mit der Bitte um Unterstützung an die Sowjetunion wandte, erklärte man dort: wenn ihr Getreide haben wollt, dann nicht im Austausch gegen Waren, sondern gegen westliche Devisen. Als sich die Albaner auch dazu bereit erklärten, hieß es plötzlich, man habe keinen Getreideüberschuss und könne nicht liefern, obwohl man gleichzeitig Getreide nach Ägypten exportierte.

Nach ähnlichen "brüderlichen Prinzipien" verfuhren die Sowjetrevisionisten bei der von ihnen gewährten technischen Hilfe. Wenn westliche Ingenieure in der Sowjetunion beim Aufbau von Industrievorhaben ihr Gehalt in westlicher Währung verlangen, ist das verständlich. Sie sind Abgesandte kapitalistischer Staaten und handeln und arbeiten nach deren Prinzipien. Was soll man aber dazu sagen, wenn sowjetische Ingenieure in den sogenannten "Bruderländern" eine ähnliche Haltung einnehmen? Als 1957/58 sowjetische Ingenieure zur technischen Hilfe in Albanien weilten, verlangten die Sowjetrevisionisten die Bezahlung ihrer Gehälter in harter westlicher Währung. Außerdem meinten sie, die Gehälter ihrer Ingenieure seien nicht hoch genug. Wenn ihr sie behalten wollt, hieß es, müsst ihr ihnen mehr bezahlen. Sie verlangten Gehälter für jeden Ingenieur, die fünfmal höher lagen als das vom Genossen Enver Hoxha, dem Ersten Sekretär der Partei der Arbeit Albanien. Die Albaner bedankten sich bestens für derart brüderliche Hilfe und schickten die sowjetischen Ingenieure in ihre Heimat zurück.

Wie anders, nach korrekten marxistisch-leninistischen Grundsätzen handelt in dieser Beziehunge die Volksrepublik China. Wenn sie Kredite für unterentwickelte Länder oder auch für die Volksrepublik Albanien gewährt,

DDR verrieten: Noch auf dem Ostblock-Gipfeltreffen vom Dezember 69 wurde beschlossen: daß "alle Staaten gleichberechtigte Beziehungen auf der Grundlage des Völkerrechts" zur DDR aufnehmen sollten. Die völkerrechtliche Anerkennung der DDR wurde im Vertragsabschluss der Bundesrepublik mit keinem Wort erwähnt.

Sie hat das Postdamer Abkommen, in dem es heißt: "Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet", wie ein Fetzen Papier zerrissen, indem sie sich eben mit jenen verbündete, die von sich behaupten, die legitimen Nachfolger des dritten Reiches zu sein.

Wo denn wurde der deutsche Militarismus in Westdeutschland ausgerottet? Beherrscht nicht nazistisches Denken – wenn auch in verschleierter Form – Staatsapparat, Wirtschaft und Meinungsmache durch Presse, Rundfunk und Fernsehen die Bundesrepublik? Was kann ein Brandt, und mag er persönlich noch so integer sein, am Wesen des westdeutschen Imperialismus ändern? Eines Imperialismus, der in der Vergangenheit zweimal die Welt in einen mörderischen Krieg stürzte. Hat Brandt nicht einen Kriegsminister Schmidt, der die Interessen der westdeutschen Rüstungsindustrie vertritt? Hat die Bundeswehr bisher nicht bereits dreimal mehr Geld für die Ausrüstung verbraucht als Hitler für seine Kriegsvorbereitungen brauchte?

Die neuen Zaren im Kreml mögen sich in der Gemeinschaft mit den westdeutschen Imperialisten wohlfühlen, aber sie haben die Rechnung ohne das deutschen Imperialisten wohl fühlen fahrungen zweier Kriege gelernt hat. Sie mögen sich einbilden, sie könnten die DDR Stück für Stück oder als Ganzes den Westdeutschen Imperialisten zum Frass vorwerfen, damit sich diese nicht in ihre Angelegenheiten der Unterdrückung der Völker des Warschauer Paktes einmischen. Sie mögen sich einbilden, sie könnten, indem sie den westdeutschen Imperialismus die Rolle



Suharto-Besuch: Unter Ausschluß der Öffentlichkeit

General Suharto, der berüchtigte indonesische Faschist, (siehe den Artikel "Der 'Friedliche Weg' in den Faschismus") unternimmt gegenwärtig eine Auslandsreise durch die Hauptstädte des Imperialismus.

Er gibt Bericht bei allen denen, die ihn und sein blutiges Regime in den Sattel gehoben haben. Nach dem für alle Bluthunde der unterdrückten Nationen obligaten Appell beim Imperialistenhäuptling Nixon besuchte Suharto Japan; ein Land, dessen herrschende Klasse in Konkurrenz zu den US-Imperialisten Südostasien zunehmend ausbeutet. Die nächste Station waren die Niederlande, ehemaliges "Mutterland" Indonesiens. Wie ein Flugblatt der INDONESISCHEN REVOLUTIONÄREN EINHEITSFRONT feststellt, konnte Suharto den ehemaligen Kolonialherren versichern, daß "er die Interessen der Monopolkapitalisten Hollands in Indonesien aufrechterhält". Auf diese Weise hat sich seine Erziehung und Ausbildung in der damaligen holländischen Kolonialarmee gelohnt und ausgezahlt. Bis heute noch bellt dieser faschistische Hund auf holländisch.

Schließlich machte Suharto auch dem aufgehenden Stern unter den imperialistischen Mächten seine Aufwartung: Der Bundesrepublik Deutschland. Suharto und seinesgleichen können zwar nicht das Wesen der sich verschärfenden Widersprüche im imperialistischen Lager erkennen, mit der feinen Nase der Lakaien spüren sie aber, daß ihr alter Herr in Washington in Bedrängnis geraten ist, und sie sehen sich beizeiten nach neuen Herren um.

Suharto hat auch nicht vergessen, daß es ein Vertreter des westdeutschen Finanzkapitals – Abs – war, der ihm einen zinsfreien Aufschub seiner Schulden (12 Milliarden Mark) zuschusterte. Kaum in Bonn angekommen, eilte Suharto sogleich zu Abs, der ihn mit offenen Armen empfing.

Die antiimperialistischen Kräfte der Länder, die Suharto besuchte, standen

ihren Herren durch die Städte Europas und Amerikas fahren konnten, sind längst vorbei. Der immer stärker werdende Widerstand der Volksmassen gegen Imperialisten und Reaktionäre aller Schattierungen hat die Lakaien gezwungen, sich mit ihren Herren heimlich im Schutz von Panzern, Maschinengewehren und Stacheldraht zu treffen.

So gab es auch in der BRD keine Fänchen schwenkenden Schulkinder für Suharto, sondern Sicherheitsstufe 1. Obwohl der Mörder an 100 000 Indonesiern sogar von Scharfschützen bewacht wurde, packte ihn die Angst. Statt – wie geplant – Hamburg und Bremen zu besuchen, verkroch er sich zum Obersalzberg. Ein passender Aufenthalt für Suharto, wenn man bedenkt, daß dort vor 30 Jahren noch Hitler hauste. Suharto hat gemerkt, daß er unerwünscht war bei uns. *Denn, wie die Ortsgruppe Frankfurt der KPD/ML in einem Demonstrationsaufruf schrieb: "Die Arbeiter in den imperialistischen Ländern und die unterdrückten Völker haben einen gemeinsamen Feind: Das sind die Imperialisten und ihre Lakaien. Die Imperialisten können geschlagen werden, wenn sich die Proletarier aller Länder und die unterdrückten Völker zu einer Einheitsfront zusammenschließen."*

Die Demonstration, Flugblattaktionen usw., mit denen sich die KPD/ML und fortschrittliche Organisationen unseres Landes gegen den Suharto-Besuch wandten, sind natürlich erst ein sehr kleiner Schritt auf dem Weg zu dieser Einheitsfront. Viele studentische "Internationalisten" halten diesen Schritt schon für das Ziel. Sie glauben, durch Massendemonstrationen die unmittelbare Einheit mit den kämpfenden Völkern der unterjochten Nationen herstellen zu können.



Konzentrationslager für revoltierende Arbeiter

Westberlin und der Kommunistischen Partei Spaniens/ML:

"Auch die deutsche Arbeiterklasse muss diesen Kampf gegen ihre Unterdrücker, die deutschen Kapitalisten, aufnehmen. Das ist die wirkungsvollste Unterstützung für den Befreiungskampf des indonesischen Volkes".

Dieser Kampf kann nur organisiert in der Kommunistischen Partei in Angriff genommen werden. Diese Kommunistische Partei gilt es jetzt aufzubauen, die gewappnet mit einer revolutionären Theorie alle Einflüsse der Bourgeoisie und der Arbeiterverräter-Clique in der SU und der DDR, sowie ihre Handlanger, der DKP und SEW abwehren kann, und dem deutschen Proletariat sicher den Weg zur sozialen Revolution und der Diktatur des Proletariats weist.

VÖLKER DER GANZEN WELT, VEREINIGT EUCH! BESIEGT DIE USA-AGGRESSOREN UND ALLE IHRE LAKAIEN!

Tote macht er

Anläßlich des Suharto-Besuchs flatterte am Freitag den 4.9. nachstehendes, ROTE GARDE, Hamburg, unterzeichnetes Gedicht in Form von Flugzetteln in tausenden Exemplaren von den Hausdächern der belebten Innenstadt. Suharto zog es vor, nicht

Der „Friedliche Weg" in den Faschismus

Nachdem "Friedens"-Willy im Kreml mit den Aggressoren gegen die Volksrepublik China und Okkupanten der CSSR Wodka getrunken hat, kredenzte er in Bonn dem Herrn Suharto

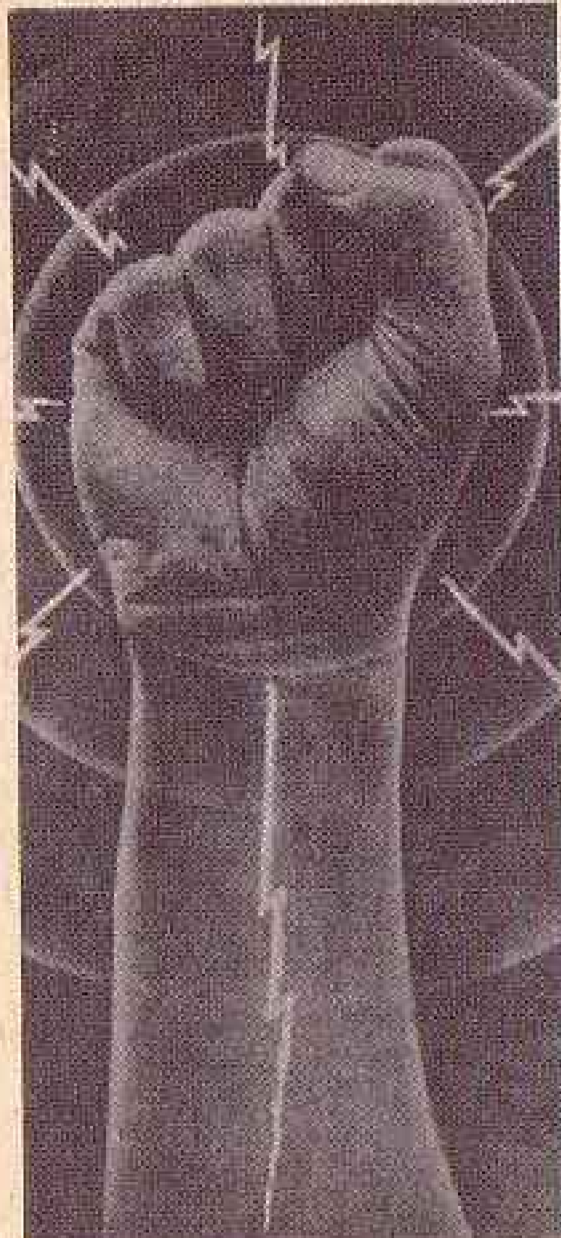
wuchs ihre Mitgliederzahl auf 3 1/2 Millionen an. Ihre Massenorganisationen zählten mehr als 10 Millionen Mitglieder. Der faschistische Staatsstreich bewies dann, daß 10 Millionen

auch zum Empfang bereit. Aber dieser Empfang bewirkte, daß Suhartos Klinkenputzer-Tournee zur Militärshow wurde, daß der Faschistengeneral hinter den Tausenden Soldaten, Polizisten und Geheimdienstagenten, die zu seinem Schutz aufgeboten werden mussten, gar nicht mehr zu sehen war.

Die Zeiten, wo Bluthunde à la Suharto im offenen Wagen neben

Es gibt aber nur einen Weg, den Kampf dieser Völker zu unterstützen. Darauf weist ein Flugblatt zum Suharto-Besuch aus Westberlin hin, das unterzeichnet ist von der KPD/ML, der Thälmann-Zelle, der PCd'I/ML (KP Italiens/ML), den Proletarischen Revolutionären der Türkei, der Organisation griechischer Marxisten/Leninisten, den arabischen Marxisten/Leninisten

Hört die revolutionären Sender!



Hört RADIO PEKING

Täglich auf Kurzwelle
19.00–20.00 Uhr
43,7 - 42,8 - 40,8 und 25,6 m
21.00–22.00 Uhr
43,7 - 42,8 und 31,7 m

RADIO TIRANA

Zeit	Kurzwelle	Mittelwelle
6.00– 6.30 h	41,50 Meter	215 Meter
13.00–13.30 h	32,41 Meter	
14.30–15.00 h	32,41 Meter	
16.00–16.30 h	32,41 Meter	
18.00–18.30 h	32,41 Meter	
19.00–19.30 h	41,50 Meter	
21.30–22.00 h	41,50 Meter	
23.00–23.30 h	41,50 Meter	215 Meter

des Gendarms in Westeuropa zuweisen, den revolutionären Aufstand der Völker verhindern. Sie haben die Rechnung ohne den Wirt, ohne die deutschen und europäischen Marxisten-Leninisten gemacht.

Wir westdeutschen Marxisten-Leninisten waren und sind für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, auch wenn die Revisionisten der D„K"P/„K"PD jetzt ihren Kurs ändern oder zurückstecken sollten. Wir unterscheiden sehr wohl zwischen der neuen Bourgeoisie der DDR, der revisionistischen Ulbricht-Clique, die sklavisch allen Befehlen ihrer Bosse aus Moskau folgt und dem Volk der DDR, den Arbeitern, Bauern und übrigen Werktätigen, die das Recht haben, in ihrem Staat zu bestimmen, wie sie wollen. In brüderlicher Verbundenheit mit ihnen werden wir den Kampf aufnehmen für die nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes vom Joch der Sozialimperialisten der Sowjetunion und der ihnen folgenden neuen DDR-Bourgeoisie, vom Joch des USA-Imperialismus, vom Joch des westdeutschen Imperialismus. Für die Wiedervereinigung in einem freien und unabhängigen sozialistischen Deutschland.

–wie geplant–nach Hamburg zu kommen:

Zum Staatsbesuch
des Mörders
Suharto

Töten will er,
dieser Killer,
Indonesiens
Präsident.
Terror übt er,
Leichen liebt er,
sein Faschisten-
Regiment.

Tote macht er,
und dann lacht er,
Menschen sind für
ihn nur Vieh,
zu verachten
und zu schlachten
für Feudalherr'n,
Bourgeoisie.

Und jetzt reist er,
biedernd preist er,
diese feile
geile Metze,
um sein Blutregime
zu retten
Indonesiens
Bodenschätze.

Bonn empfängt ihn
und beschenkt ihn,
gibt Kredit aus
vollen Händen.
Wer ihn ehrte
und erhörte
wird wie er am
Galgen enden!

Volkes Massen
wild ihn hassen,
man versperrt ihm
Tor und Haus,
und entsichert
die Gewehre.
Werft ihn auch aus
Deutschland raus!

ROTE GARDE
Hamburg

Rheinwein. Dieser saubere Herr kann vielleicht für sich den Ruhmestitel beanspruchen, der größte Massenmörder der Gegenwart zu sein: mindestens 500 000 kommunistische und fortschrittliche Indonesier ließ er abschlachten wie Vieh, möglicherweise waren es 1 Million. Die Flüsse waren damals, 1965/66, mit Leichen gefüllt. Die FAZ wußte neulich noch zu berichten, daß in ganzen Provinzen fast nur noch Frauen zu sehen sind: Ihre Männer wurden sämtlich umgebracht. Aber Indonesien geht den "Weg des Fortschritts", es ist kein "Land des Alptraums" wie China – es hat ja schließlich Vertrauen in Hermann Joseph Abs, der ein Gutachten über die Staatsschulden Djakartas anfertigte. Die KZs dort sind menschliche, wie ein Fernsehbericht zeigte, die Häftlinge spielen Schach, musizieren und beten viel. Überhaupt ist Indonesien ein frommes Land geworden, sein Staatschef Suharto ist sehr gläubig, er stört nicht die christlichen Missionare und noch weniger westdeutsches Kapital.

Was in Indonesien 1965/66 geschah, ist so grauenhaft, daß Hitler wahrscheinlich vor Neid erblassen würde. Die Hauptverantwortung trifft natürlich Suharto, Nasution, ihre Anhänger und ihre imperialistischen Auftraggeber in Washington. Aber leider trägt auch die KP Indonesiens eine schwere Verantwortung, da sie durch ihre damalige revisionistische Linie die Massaker erst ermöglichte. Da die Ereignisse in Indonesien nicht ohne Parallele mit den Ereignissen vor und nach 1933 in Deutschland sind, ist es für uns besonders wichtig, sie zu studieren.

Die indonesische KP ist ein Jahr älter als die chinesische: Sie wurde schon 1920 gegründet und feiert also in diesem Jahr ihr 50jähriges Bestehen. Nichts zeigt jedoch so deutlich wie ein Vergleich der Geschichte beider Parteien, daß Erfolg und Mißerfolg ausschließlich von der politischen Linie abhängen. Auch in Indonesien schien die Lage für die Kommunisten äußerst günstig zu sein. Von 1951 bis 1965 erlebte die Partei einen beispiellosen Aufstieg: von 10 000

unbewaffnete Mitglieder gegenüber der bewaffneten Armee gleich Null sind.

Nach dem 20. Parteitag der KPdSU hatte die KPI eine "Theorie" der "friedlichen Änderung des Gleichgewichts" entwickelt. Damit sollte gesagt werden, daß das "Gleichgewicht" innerhalb des feudal-bürgerlichen Staatsapparats "friedlich geändert" werden könnte. Man stellte auch die "Theorie" von den "zwei Seiten der Staatsgewalt" auf: die eine Seite sei gegen, die andere für das Volk, man müsse nur die "Für-das-Volk-Seite" verstärken. So setzte sich nach dem 5. Kongreß der KPI 1954 immer mehr die Linie durch, Sukarno bedingungslos zu unterstützen. Dabei beriefen die Führer der Partei sich fälschlich auf China, was zu weiteren Verwirrungen führte. Sie behaupteten, man müsse die antijapanische Einheitsfront zwischen der KPCh und der Koumintang zum Vorbild für Indonesien nehmen und sich eng mit Sukarno verbünden. Dabei verstieß man jedoch völlig gegen den Geist der Maotsetungideen: In China standen damals ausländische imperialistische Agressoren im Land – in Indonesien nicht. In China gab es damals schon befreite Gebiete, in Indonesien nicht. In China gab es eine Rote Armee, in Indonesien nicht. Wenn die sowjetischen und anderen Revisionisten sowie die Trotzkisten heute also behaupten, das Massaker von 1965/66 sei durch die 'chinesische Linie" der KPI verschuldet worden, so ist das der Gipfel der Unverschämtheit: Seit wann besteht die "chinesische Linie" darin, den friedlichen Weg zum Sozialismus zu vertreten?

Es gab allerdings in der Tat Chinesen, die die damalige Linie der KPI unterstützten: nur hießen sie Liu Schao-tschi und Peng Schen. Diese in der Kulturrevolution zum Teufel gejagten revisionistischen Bonzen besuchten häufig Djakarta und bestärkten die KPI in ihrer "Einheitsfrontlinie" mit Sukarno. Wenn die KPI also eine "chinesische Linie" besaß, so besaß sie die schwarze!

Der "Theorie" vom friedlichen Übergang und dem blinden Vertrauen in die Bourgeoisie entsprechend verzichtete die KPI darauf, die Massen auf den bewaffneten Kampf vorzubereiten. Stattdessen vertraute sie blind einer Gruppe fortschrittlicher Offiziere in der feudal-bürgerlichen Armee Sukarnos. Als die Offiziere am 30.9.1965 durch einen Putsch die "Gegen-das-Volk-Seite" des Staatsapparates ausschalten wollten, wurden sie von der KPI unterstützt. Nun zeigte sich sehr bald (innerhalb weniger Stunden), daß in einem feudal-bürgerlichen Staatsapparat die "Gegen-die-Volk-Seite" immer viel stärker ist, als man meint: der "Linksputsch" ging sofort in einen faschistischen Rechtsputsch über, an dessen Spitze Suharto und Nasution traten und der im übrigen seit langem vom CIA sorgfältig vorbereitet worden war.Nun wurde im Namen Gottes die mörderische Jagd auf alle "Roten" eröffnet.

Zu diesem Zeitpunkt, Anfang Oktober 1965, wäre es noch immer möglich gewesen, das größte Massaker der Geschichte seit Hitler zu verhindern, wenn die KPI nun sofort entschlossen an die Spitze eines bewaffneten Widerstandes getreten wäre. Aber stattdessen vertraute sie weiter auf Sukarno: "Sukarno wird nicht dulden, daß wir alle umgebracht werden", sagte sie. Sukarno mußte es aber "dulden", ob er wollte oder nicht. Auch sein "guter Freund", der Genosse Aidit, Vorsitzender der KPI, wurde ermordet.

Man wird sich kaum vorstellen können, in welchem physischen und seelischen Zustand die überlebenden Genossen sich im Herbst 1966 wieder versammelten, um über die Lage nach der Katastrophe zu beraten. Nun zeigte sich, daß wahrer revolutionärer Geist sich im äußersten Unglück bewährt: die KPI schritt zu einer umfassenden Selbstkritik, sie machte sich nichts vor, sie sagte klar, daß ihre revisionistische Linie an dem Unheil Schuld war. Eine Periode der umfassenden Diskussion folgte. Im November 1967 wurde ein neues Programm angenommen.

Kompromißlos entschied sich die Partei nun für eine klare, marxistisch-leninistische Linie. Von nun an kämpfte sie mit neuem Elan unter folgenden "drei Bannern": 1) Aufbau einer marxistisch-leninistischen Partei frei von Subjektivismus, Opportunismus und Revisionismus; 2) bewaffneter, agrarrevolutionärer Kampf des Volkes unter Führung der Partei; 3) revolutionäre Einheitsfront gegen Feudalismus, bürokratischen Imperialismus, gestützt auf das Klassenbündnis der Arbeiter mit den armen Bauern unter Führung der Partei.

Nun konnte man sagen, daß die KPI eine "chinesische Linie" angenommen hatte. Kein Wunder also, daß die sowjetischen Renegaten sofort mit einem wütenden Kampf gegen die KPI begannen. Sie organisierten eine "marxistisch-leninistische Gruppe in der KPI" und ein "Komitee der KPI/Übersee" mit Sitz in Moskau. Diese famosen "ML" beschuldigten einerseits die KPI, vor 1965 eine "chinesische Linie" gehabt zu haben, andererseits hielten sie selbst auch nach dem Blutbad an dieser "Linie" fest! Sie sprachen sich nicht nur für die Einheitsfront mit Sukarno, nein auch für eine Einheitsfront mit dem Kommunistenmörder Suharto aus! Kein Wunder, daß ihr "Einfluß unter den Massen" äußerst beschränkt blieb. Das hinderte sie allerdings nicht daran, auf ihre Weise "aktiv" zu werden.

1968 ging die KPI daran, im Bezirk Blitar (Ostjava) den Volksbefreiungskrieg zu organisieren. Die Moskau-Gruppe denunzierte offen die Vorbereitungen dazu, indem sie Artikel veröffentlichte, nach denen "in Blitar die Bedingungen zum Befreiungskrieg nicht gegeben" seien. Die sowjetische Botschaft in Djakarta spielte bei diesen Vorgängen eine wichtige Rolle: Der sowjetische Militärattaché nahm an Antiguerrilla-Kriegsräten der Faschisten teil. Außerdem liefert die SU Waffen an Suharto. (Auch die DDR leistet übrigens Suharto massive Hilfe: sie spendete ein Verlagshaus und eine Fernsehstation für die Regierung Djakartas, wahrscheinlich in der Annahme, daß das der kommunistischen Propaganda in Indonesien dient!)

Die Schwierigkeiten der indonesischen Kommunisten und des indonesischen Volkes allgemein sind groß. Die Opfer waren fürchterlich. Aber das entscheidende ist die richtige politische Linie: weil die Linie falsch war, gab es die Katastrophe – und weil die KPI jetzt eine richtige Linie des bewaffneten Kampfes gegen den eigenen Feudalismus, den eigenen bürokratischen Kapitalismus und die eigene Kompradorenbourgeoisie verfolgt, zeigen sich schon die ersten klaren Erfolge: besonders in Nord-Kalimantan bereitet sich die Volksmacht aus. Die Faschisten bekommen es mit der Angst zu tun und bitten Amis und andere "Berater" (z. B. die Bundeswehr) um Hilfe.

Wir können aus dem indonesischen Beispiel sehr viel lernen: "Massenlinie" heißt nicht, opportunistisch Leute zu organisieren, ohne sie zu schulen, ohne sie ständig auf den harten Klassenkampf vorzubereiten. "Liberale Perioden"der Bourgeoisie bedeuten nicht, daß man jetzt friedlich zum Sozialismus kommen kann. Eine falsche politische Linie und ein falsches Programm führen unweigerlich zu schweren Niederlagen des Proletariats.

Eine Kritik der Freiburger Ortsgruppe

Den Inhalt des „Roten Morgen" verbessern!

Die Entfaltung des ideologischen Kampfes ist die Vorbedingung für das organisatorische und politische Wachstum der Partei; ohne ideologische Klarheit und Einheit wird die KPD/ML ihre historische Aufgabe nie erfüllen können. Die ideologische Klarheit und Einheit aber ist nur zu erreichen durch den *allseitigen und offenen ideologischen Kampf*, nicht durch Totschweigen, Augenverschließen oder Versöhnlertum.

Wenn die ideologische Reinheit, Stärke und Einheit der Partei aber erkämpft (und immer durch Kampf erneuert und vervollkommnet) werden muß, dann bedeutet das, daß wir die ideologische Stärke der Partei nie

richtigen Methoden geführt wird, dann wird er notwendig diesen dialektischen Charakter haben. Erfüllt er diese dialektische Funktion aber nicht, dann muß er zum Scheingefecht werden, zum Wortgeplänkel oder zum demagogischen Versuch, die eigenen Schwächen zu überspielen. Eine "Auseinandersetzung" aber, die nicht den Gegner schwächt und die eigenen Kräfte stärkt, muß das Gegenteil bewirken: den Gegner stärken und die eigenen Kräfte schwächen.

Der RM, als *zentrales Organ der Partei*, ist unser wichtigstes Instrument im ideologischen Kampf um die Plattform dieses Kampfes, was die innerparteiliche Auseinandersetzung und Ver-

tionalen revol. Bewegungen, die wir erst noch mit den besonderen Verhältnissen des westdeutschen Imperialismus und der westdeutschen Klassengesellschaft *verbinden* müssen. Erst aus dieser Verbindung können Strategie und Taktik der westdeutschen Revol. hervorgehen. Und diese Verbindung herzustellen ist die gegenwärtige Hauptaufgabe der KPD/ML. Und *erst auf der Grundlage und mit Hilfe dieser Verbindung wird die Vereinigung des wiss. Sozialismus mit der Arbeiterbewegung in Westdeutschland möglich sein.* (Wobei noch zu berücksichtigen ist, daß erst die Praxis dieser Vereinigung die Richtigkeit der Theorie und des Programms endgültig festlegen

nimmt. Gerade weil die komm. Partei die Vereinigung von wiss. Sozialismus und Arbeiterbewegung herstellen muß und wird, kann man von einer "sozial gesehen" Vereinigung von Arbeitern und Intelektuellen überhaupt nicht sprechen. Und diejenigen Intelektuellen, die sich dieser Entwicklung entgegenstellen, die die Partei auf den Weg der Isolierung von den Massen und auf den Weg der Nachtrabpolitik bringen wollen, – die stehen ideologisch nicht auf dem Standpunkt des Proletariats und haben in einer proletarischen Partei eben nichts zu suchen!

b) Die ideologische Auseinandersetzung mit anderen Organisationen und Gruppen

Die Art, wie der RM z.B. den "Gründungsopportunismus" an Hand der KPD-AO zu bekämpfen versucht, widerspricht vor allem dem Prinzip "Der ideologische Kampf muß den Gegner

kann? Eben nicht! Man kann ihn nur führen vom proletarischen Standpunkt aus und nicht von einem opportunistischen oder einem anderen kleinbürgerlichen Standpunkt aus.

überschätzen und den ideologischen Kampf nie geringschätzen und vernachlässigen, aber auch nicht überheblich führen dürfen. Denn der ideologische Kampf muß nicht nur alle Spielarten und Einflüsse der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologie in der revolutionären Bewegung und in der Partei selbst entlarven, isolieren und zerschlagen, also *den Klassengegner schwächen*, sondern er muß *gleichzeitig die eigenen Kräfte vereinheitlichen und stärken*. Und wenn der ideologische Kampf vom Boden des Marxismus-Leninismus aus und mit den

einheitlichung betrifft. Wenn wir aber den Inhalt des RM an den beiden Grundprinzipien des ideologischen Kampfes – "Den ideologischen Kampf ständig, allseitig und offen führen" und "Der ideologische Kampf muß den Gegner schwächen und die eigenen Kräfte stärken" – messen, dann müssen wir erkennen, daß der RM dieser Aufgabe als Instrument und Plattform des ideologischen Kampfes, als kollektiver Propagandist, kaum entspricht und ihr z.T. entgegenwirkt. Wir wollen diese schwerwiegende Kritik an Hand der Juni-Ausgabe belegen.

a) Der ideologische Kampf in der Partei

So steht in der Juni-Ausgabe des RM ("Gegen den Gründungsopportunismus"): " Statt der Vereinigung von wiss. Sozialismus und Arbeiterbewegung, sozial gesehen, die Vereinigung von Arbeitern und revolutionären Intelektuellen anzustreben, beschränkt sich dieser Opportunismus jeweils auf die eine oder ander Seite."

1. Die komm. Partei ist zunächst einmal *durchaus nicht* die Vereinigung von wiss. Sozialismus und Arbeiterbewegung!
Diese Vereinigung ist ihre Aufgabe und in dem Maße, wie sie diese Aufgabe erfolgreich löst, wird sie erst tatsächlich zur revolutionären Partei des Proletariats und zur Führerin der revolutionären Massen. Zuvor aber ist die Partei die Vereinigung klassenbewußter Arbeiter und anderer revolutionärer Menschen (und durchaus nicht nur: Intellektueller) *auf der Grundlage* des wissenschaftlichen Sozialismus. Das war so in der Geschichte der russischen Sozialdemokratie: das ist auch der Fall bei unserer Partei, der KPD/ML.

Die KPD/ML kann also die Vereinigung von wiss. Sozialismus und Arbeiterbewegung nicht *dar*stellen, aber sie *muß und kann* sie *her*stellen, um die Arbeiterklasse zum Sieg zu führen.

Die westdeutsche Arbeiterbewegung aber ist gegenwärtig noch sehr schwach und zersplittert (wie kann man da übrigens behaupten – wie der RM –, die westdeutsche Arbeiterklasse beherrsche "den ökonomischen Kampf aus dem FF"?). Es ist also völlig undialektisch, davon zu reden, daß der wiss. Sozialismus mit der westdeutschen Arbeiterbewegung vereinigt werden müsse, ohne zugleich etwas über die neue Qualität und über die Entwicklung einer solchen Arbeiterbewegung auszusagen, die sich vom wiss. Sozialismus leiten läßt. Entgegen einer solchen Auffassung ist es notwendig zu betonen, daß die Aufgabe der KPD/ML nicht nur ist, die Vereinigung von wiss. Sozialismus und Arbeiterbewegung herzustellen, sondern zugleich und in dialektischer Verbindung damit, diese Arbeiterbewegung voranzutreiben, ihren Aufschwung (im Rahmen der Verschärfung der objektiven Widersprüche) zu leiten, und zwar nicht mehr als spontane, sondern als (zumindest im Kern) *kommunistische* Arbeiterbewegung. Gerade dazu fehlen der Partei aber auch noch wesentliche *subjektive* Voraussetzungen: Theorie und Programm der westdeutschen Revolution.

Der wiss. Sozialismus aber (d.h. heute: der Marxismus, der Leninismus, die Maotsetungideen) liefert uns nicht automatisch die Theorie und das Programm der westdeutschen Revolution, sondern vielmehr die allgemeinen Lehren der internationalen ... Programms endgültig festlegen kann.)

2.Bedenklich wird die These von der komm. Partei als Vereinigung von wiss. Sozialismus und Arbeiterbewegung aber aber vor allem da, wo der wiss. Sozialismus mit der sozialen Schicht der Intelligenz gleichgesetzt wird, die ihre (!) Interessen (so RM Jan/Feb 70) mit denen des Proletariats vereinigt.

Die Vereinigung revol. Menschen auf der Grundlage des wiss. Sozialismus in einer komm. Partei ist eine *Vereinigung auf gemeinsamer ideologischer Basis*, auf der Basis der Wissenschaft und der Weltanschauung des Proletariats, und keine Vereinigung die "sozial gesehen" werden kann!

Wenn unter bestimmten historischen Bedingungen (wie z.Zt. in der BRD) verhältnismäßig viele Intelektuelle am Aufbau der komm. Partei mitwirken, so tun diese Intelektuellen das eben nicht als Angehörige einer kleinbürgerlichen Schicht, sondern als Kommunisten, die ideologisch voll auf der Seite des Proletariats stehen.

Außerdem kann man solche besonderen Bedingungen doch nicht zum Prinzip verallgemeinern! Denn erstens ist es die Aufgabe der KP, damit auch der Intelektuellen in ihr, möglichst viele Vertreter einer "Arbeiterintelligenz" heranzubilden; und in dieser Hinsicht werden die Bildungsschranken des kap. Systems wenigstens für eine Minderheit des Proletariats gesprengt (– ein Argument,das schon in der "Plattform" die Fehler in der vorhergehenden Ausgabe des RM korrigiert haben sollte, das in der Juni-Nummer aber wieder zurückgenommen wurde...). Und zweitens muß sich der anfangs relativ hohe Anteil der Intelektuellen in der Partei schon deswegen verringern, weil die KP sich mit den proletarischen und den übrigen werktätigen Massen verbinden muß, was sie nur kann, wenn sie in ihnen verankert ist und immer mehr Revolutionäre aus ihren Reihen auf-

schwächen und die eigenen Kräfte stärken".

Der Gründungsopportunismus ist der ideologische Ausdruck einer objektiven Entwicklung, der zu Recht zum Gegenstand eines Leitartikels gemacht wurde. Denn der Gründungsopportunismus erfaßt viele gutgläubige aber uninformierte und ideologisch ungeschulte Menschen, denen durch eine Entlarvung dieser Spielart des Opportunismus geholfen wurde, die richtige politische Linie zu erkennen. Zugleich würde eine umfassende marxistisch-leninistische Analyse dieses Gründungsopportunismus die eigenen Genossen in ihrem ideologischen Kampf und in ihrer organisatorischen Arbeit sehr wirksam unterstützen.

Leider erfüllt der RM-Artikel diese Ansprüche kaum. Das liegt daran, daß seiner Kritik an der KPD-AO teilweise unmaterialistische Anschauungen zugrunde liegen und daß sie großenteils undialektisch sind.

Daß das "Gründungsfieber ausgebrochen" ist, ist zunächst nur eine polemische Feststellung, der unbedingt eine materialistische Erklärung folgen müßte. Statt dessen erschöpft sich die Charakterisierung des Gründungsopportunismus darin, "daß

1.ihrer (der sog. m-l Organisationen) Gründung kein aktiver ideologischer Kampf mit der KPD/ML vorausgegangen ist,

2.die beiden Seiten ihres Gründungsopportunismus sich einerseits in Ökonomismus, andererseits in verbal radikalem Gebaren und putschistischen Tendenzen offenbaren."

Wäre diese "sog. marxistisch-leninistischen Organisationen" denn weniger opportunistisch, wenn sie den ideologischen Kampf mit der KPD/ML geführt hätten? Ist es nicht vielmehr so, daß sie diesen ideologischen Kampf nicht bzw. höchstens oberflächlich, formalistisch und demagogisch führen konnten?

Und ist denn der aktive ideologische Kampf etwas, was jeder leisten

Also muß man den *Klassencharakter* dieser Ideologie, dieser Organisationen und ihrer Politik entlarven; und man muß die historische Situation, die sozialen und politischen Faktoren aufzeigen und analysieren, um zu erklären, warum dieser Gründungsopportunismus sich ausbreiten und organisieren *mußte* (– übrigens auch deshalb, weil er nicht genügend dem aktiven ideologischen Kampf von Seiten unserer Partei ausgesetzt war...). Aber davon findet sich nichts im Artikel. Stattdessen wird dieses subjektivistische Argument wiederholt:

"Jeder, der eine weitere kommunistische Partei gründet und behauptet, Marxist-Leninist zu sein, muß (!) nachweisen, daß die bestehende KPD/ML revisionistisch ist und eine grundsätzlich falsche Linie verfolgt, so daß eine Korrektur dieser Linie mit der Methode der Kritik und Selbstkritik innerhalb dieser Partei unmöglich ist.

Dieser Satz ist doppelt falsch. Erstens kann es höchstens heißen "*müßte* nachzuweisen *versuchen*", – denn da die KPD/ML eben nicht revisionistisch ist und keine grundsätzlich falsche Linie verfolgt, *kann* man sie eben auch nicht nachweisen. Aber damit bleibt der Satz immer noch falsch. Denn auch der Versuch eines Nachweises würde jemanden, der eine weitere KP gründet usw. nicht bestätigen können. Da die objektive Voraussetzung für eine weitere Parteigründung fehlt, kann der Gründer einer weiteren Partei sich höchstens *subjektiv* im Recht *fühlen*, aber objektiv nur im "Unrecht" sein. Und wie kann man überhaupt fordern, daß Opportunisten sich an ein marxistisch-leninistisches Prinzip halten, nämlich solange in der bestehenden KP zu arbeiten, bis *nachgewiesen ist*, daß sie nicht mehr die Partei des Proletariats ist, ' so wie es mit der KPD der Fall war?

Leider ist diese idealistische, subjektivistische Auffassung des Opportunismus nicht in eine bloß "mißglückte" Formulierung hineingelesen, sondern

sie zieht sich durch den ganzen Artikel.

So wird der Opportunismus mehrmals als bloß subjektive Verirrung einiger ehemaliger "SDS-Häuptlinge" hingestellt, die "nicht begreifen", "unterlassen" und "nicht kapieren" und viele Fehler machen.

Auf der anderen Seite wird die "Beschäftigung " mit der KPD-AO zur personalistischen Abrechnung. Wenn es eine ganze "Palette" opportunistischer Organisationen gibt, dann muß man doch vor allem das Gemeinsame, das prinzipiell Opportunistische an ihnen zeigen und nicht der Reihe nach "mit ihnen abrechnen, sich zu einer "Beschäftigung" mit ihnen herablassen, sich "ruhig die Mühe machen" oder es "für nützlich halten", auf etwas einzugehen, ohne materialistisch zu begründen, worin Nutzen und Notwendigkeit bestehen.

Den ideologischen Kampf gegen den Opportunismus muß man prinzipiell führen, auf einzelne Gruppen muß man nur hinweisen, um besonders prägnante Züge des Opportunismus zu beleuchten und um am konkreten Beispiel nachzuweisen, wie die jeweiligen Gruppen objektiv dem Klassengegner dienen. So aber, wie der RM sich mit der KPD-AO beschäftigt, wird diese Gruppe nur unnütz aufgewertet und mit der Partei auf eine Stufe gestellt.

In diesem Zusammenhang muß der ironische Hinweis auf die zahlenmäßige Schwäche der KPD-AO demagogisch werden. Denn der ideologische Standort einer Organisation läßt sich nicht mechanisch an ihrer Mitgliederzahl ablesen. Wenn die KPD-AO opportunistisch ist, dann wäre sie das auch, wenn sie 2 000 Mitglieder hätte.

Ebensowenig wie der Gründungsopportunismus als Produkt der kleinbürgerlichen Kräfte der Studentenbewegung in der Verschärfung des Grundwiderspruchs und in der Auseinandersetzung mit der proletarischen Partei entlarvt wird, ebensowenig wird diesem Opportunismus (dem, wie gesagt, viele aufrichtig revolutionäre Menschen auf den Leim gehen) eine positive Orientierung in den Fragen der Partei und des Parteiaufbaus entgegengestellt. Die Ankündigung, daß dem Opportunismus der KPD-AO der "eigene inhaltlicheStandpunkt" gegenübergestellt werden solle, wird tatsächlich nicht eingehalten.

Z. B. wird zum Vorwurf der sozialdemokratischen Organisationsform zwar gesagt, daß er inhaltsschwer sei, gleichzeitig wird er aber als formalistisch zurückgewiesen. Dann aber wird ihm ebenso formalistisch und subjektivistisch entgegengehalten (besser: ausgewichen), daß es sich um ein "Durchgangsstadium" in der Entwicklung der Partei handle, daß der Parteiaufbau sich jetzt leider noch nicht überall "organisch (!) von unten nach oben" vollziehen könne . . . Das ist nicht nur keine positive Orientierung, das ist eine falsche Auffassung von der Entwicklung des demokratischen Zentralismus. Denn der Parteiaufbau vollzieht sich hauptsächlich von oben nach unten, nämlich was die ideologische Vereinheitlichung, die organisatorische Initiative und Anleitung und die politische Linie betrifft. Er vollzieht sich von unten nach oben, was die Entfaltung der praktisch-politischen Arbeit angeht.

Man kann wirklich nicht sagen, daß dieser Artikel den Prinzipien des aktiven ideologischen Kampfes entspricht, was inhaltlich fehlt, kann auch nicht durch einen herablassenden und polemischen *Stil* ersetzt werden. Zudem ist die Sprache durchweg viel zu unverständlich. Die richtigen und wichtigen Argumente gehen in einem Wust von sprunghafter und oberflächlicher Polemik unter.

Der unübersichtliche *Umbruch* erschwert das Lesen noch dazu. Der Artikel scheint wie von Intelektuellen für Intelektuelle geschrieben. Zudem ist manches für Nicht-Berliner und mit der Geschichte der Studentenbewegung nicht Vertraute einfach nicht verständlich. Nur bei Studenten kann voraussetzen, daß sie wissen, was RPK, Infi und Basisgruppen sind.

Wir wollen nicht in eine Aufzählung aller einzelnen (theoretischen und ideologischen) Fehler verfallen. Es geht uns vor allem um die prinzipielle Form und Funktion des ideologischen Kampfes, die der RM nicht erfüllt.

(Diese Kritik richtet sich übrigens auch gegen den kommentarlosen Abdruck des Münchner Papiers. Es war unbedingt erforderlich, die allgemeine Bedeutung der Münchner Situation und Auseinandersetzung zu zeigen. So aber steht die Austrittserklärung unverbunden neben der KPD-AO Kritik, mit der sie doch in *einen* Zusammenhang gehört.)

Die derzeitigen Schwächen des RM müssen unbedingt überwunden werden. Wir hoffen, daß unsere Kritik dazu beitragen wird.

"Schwierigkeiten haben die reaktionären Kräfte ebenso wie wir. Ihre Schwierigkeiten sind aber unüberwindlich, weil sie Kräfte sind, die sich dem Untergang nähern, keine Zukunft haben. Unsere Schwierigkeiten können überwunden werden, denn wir sind neuaufstrebende Kräfte mit einer strahlenden Zukunft."

(MAO Tsetung)

Die neuen Terroristen

ÖKONOMISMUS UND TERRORISMUS

Die Arbeiterklasse muß volle Klarheit über das Ziel und die Methoden ihres revolutionären Klassenkampfes gewinnen, sonst wird sie nicht den vollständigen Sieg in der sozialistischen Revolution erringen können. Deshalb ist es die unbedingte Pflicht der revolutionären marxistisch-leninistischen Partei und aller klassenbewußten Arbeiter, den entschiedenen Kampf zu führen gegen alle Formen der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologie, die aus der Arbeiterbewegung ein Anhängsel der Bourgeoisie machen wollen.

Die Marxisten-Leninisten der ganzen Welt sind sich darin einig, daß im Imperialismus im allgemei-

Die Anbetung der Spontaneität der Arbeiterklasse führt bei den Ökonomisten zur Beschränkung auf

Kleinbürger sind zunächst kleine Warenproduzenten, die in geringem Umfang Produktionsmittel besitzen und keine Lohnarbeiter ausbeuten, sondern deren Wirtschaft auf ihrer persönlichen Arbeit beruht. Zu diesem "klassischen" Kleinbürgertum gehören unter anderem Kleinbauern, kleine Handwerker, Gewerbetreibende und Händler.

Das Kleinbürgertum ist keine selbständige Klasse mit selbständigen Klasseninteressen, sondern eine Zwischenschicht, die hin und her schwankt zwischen den beiden

Mißvergnügen mit dem ihr von Gott beschiedenen Geschick" geworfen (Engels). Sie ist praktisch zum Untergang verurteilt; alle Versuche, diesen Untergang aufzuhalten, sind Versuche, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Die wüste Zerfahrenheit und das Mißvergnügen des Kleinbürgertums erzeugten die Ideologie, die seiner veränderten sozialen Lage entsprach: den Anarchismus bzw. Terrorismus.

Der Terrorismus ist sozusagen die höchste Form des blinden antikapitalistischen Protestes des Kleinbürgertums. So wie die ihm eigene Produktionsweise das Kleinbürgertum zersplittert, ist auch sein Kampf nicht der organisierte, disziplinierte Kampf einer Klasse (wie der des Proletariats), sondern die hilflose Aktion von Einzelnen. Aus dieser Not nun machen die Terroristen auch noch eine Tugend: im spontanen und isolierten Kampf sehen sie die Individualität gesichert, die ihnen so teuer ist. Denn das Beharren auf dem Individualismus, die Ablehnung jeden "Zwangs" heißt ja nur: Beharren auf den kleinbürgerlichen Privilegien.

Terrorismus und Klassenkampf

So bleibt der Terrorist, auch wenn er die schwarze Fahne gegen die rote eingetauscht hat, doch immer im engen Gesichtskreis seiner Klasse stecken. Er tritt der Bour-

orie ist im Grunde die Furcht vor dieser Theorie. Denn den Marxismus-Leninismus begreifen, heißt: den Kampf gegen die Bourgeoisie als Klassenkampf, als Kampf des **Pro-**

nen der Revisionismus, also der Rechtsopportunismus die Hauptgefahr in der internationalen Arbeiterbewegung darstellt. Der Revisionismus ist die Hauptform der bürgerlichen Ideologie, mit der die Bourgeoisie die Arbeiterbewegung unter ihren Einfluß zu bringen und ideologisch zu versklaven sucht.

Einige Ereignisse in der letzten Zeit zwingen die Kommunisten allerdings dazu, ihren Standpunkt gegenüber der kleinbürgerlichen Ideologie des Terrorismus darzulegen und den marxistisch-leninistischen Standpunkt zur Frage des Terrors zu erläutern.

Die großen Führer der Arbeiterklasse wie Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung sahen sich stets gezwungen, neben dem Revisionismus auch den Terrorismus in all seinen Erscheinungsformen zu bekämpfen und vor den Massen ständig als konterrevolutionäre Linie zu entlarven. Lenin nannte die Terroristen sogar "in Wirklichkeit umgestülpte Ökonomisten" und wies damit auf die gemeinsame Grundlage dieser beiden antiproletarischen Linien hin: nämlich die Anbetung der Spontaneität.

den ökonomischen Kampf und seine Methoden, die die Arbeiterklasse spontan hervorbringt.

Vom **politischen** Kampf, vom Kampf gegen die Bourgeoisie als der herrschenden Klasse und vom Kampf gegen deren Staatsapparat wollen die Ökonomisten nichts wissen. Und die Organisation, die als einzige diesen Kampf siegreich führen kann, die Kommunistische Partei (ML), beschimpfen sie ganz konsequent als etwas außerhalb der Arbeiterklasse Stehendes, als "Intellektuellen-Partei".

Die Terroristen hingegen vergöttern eine andere Spontaneität: nämlich die des Protestes bestimmter Gruppen des Kleinbürgertums; eines blinden Protestes gegen das Kapital und seinen Staat, der sich in vom Kampf der Arbeiterklasse losgelöster Militanz äußert.

"Lärm, Bruder, Lärm" – sagt Lenin – "das ist die Losung vieler revolutionär gestimmter Leute, die vom Wirbel der Ereignisse mitgerissen werden und weder theoretische noch soziale Stützen haben."

Terrorismus – Protest des Kleinbürgertums

Jeder Protest gegen den Kapitalismus mit seinen jeweiligen Kampfformen trägt den Stempel einer Klasse. Im letzten RM ist ein solcher Protest – die 2.-Juni-Bewegung – untersucht worden. Nun ist nicht zu übersehen, daß dieser Protest bestimmte Erscheinungsformen gemeinsam hat mit dem Terrorismus der "Kommunistischen Rebellen", wie sich einige Gruppen in Westberlin und der BRD nennen, die gegenwärtig durch Anschläge, Attentate und sonstige "Militanz" von sich reden machen: die Organisationsfeindlichkeit (besonders die absolut ablehnende Haltung gegenüber der bolschewistischen Partei), die Theorielosigkeit, der Subjektivismus beim Anwenden der Erfahrungen anderer Revolutionen, die Ablehnung jeden Plans zugunsten spontaner Aktionen usw.

Das Gemeinsame dieser beiden Formen des antikapitalistischen Protestes ist, daß beide in ihrer kleinbürgerlichen Herkunft steckenbleiben. Der neue Terrorismus ist aus der 2.-Juni-Bewegung entstanden, er ist die konsequente Fortführung ihrer "antiautoritären" Tendenz.

Der Begriff "kleinbürgerlich" ist kein Schimpfwort, das beliebig auf alles und jeden angewandt werden kann, sondern ein Klassenbegriff. (In diesem Sinn ist das Kleinbürgertum und sein Bewußtsein im "Revolutionären Weg" Nr. 3/70 korrekt analysiert worden.)

Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft. Der Kleinbürger ist gewissermaßen der personifizierte Widerspruch der kapitalistischen Gesellschaft: als ständig vom Ruin durch die Monopole bedrohter Werktätiger neigt er zum Proletariat. Als Eigentümer von Produktionsmitteln neigt er zur Illusion, er könne in die Kapitalistenklasse aufsteigen und entwickelt so eine gewisse Bindung an die Bourgeoisie. Diese besondere Klassenlage des Kleinbürgertums produziert eine politisch und ideologisch schwankende Haltung: einerseits Feindseligkeit gegen das bedrohende große Kapital, andererseits Angst vor der Proletarisierung und dem damit verbundenen Verlust der Privilegien.

Die Produktionsweise der Kleinbürger ist dadurch gekennzeichnet, daß sie einzeln oder in kleinen Gruppen arbeiten. Sie bilden eine "Masse, deren Glieder in gleicher Situation leben, aber ohne in mannigfache Beziehung zueinander zu treten. Ihre Produktionsweise isoliert sie von einander, statt sie in wechselseitigen Verkehr zu bringen" (Marx).

Einer solchen Produktionsweise unterliegen gerade auch große Teile der Intelligenz, der Beamten und Angestellten, kleine Rechtsanwälte, Vertreter usw. Sie stellen eine dem Kleinbürgertum entsprechende Zwischenschicht dar.

Seiner isolierten Produktionsweise entsprechend kann der Kleinbürger daher nicht als **Klasse** auf die Angriffe der Bourgeoisie antworten, sondern nur vereinzelt; individuell oder als kleine Gruppe. Ganz im Gegensatz zum Proletariat, das durch die große Industrie des Kapitalismus als Klasse organisiert und zusammengeschweißt wird.

Die Entwicklung der Produktivkräfte und der kapitalistischen Produktionsweise hat diese Klasse, das Kleinbürgertum aus der "früheren Zufriedenheit, Zahmheit, Knecht- und Gottseligkeit und Ehrbarkeit hinab in wüste Zerfahrenheit und

geoisie als Einzelkämpfer gegenüber, und ist doch nicht in der Lage, sie als Klasse zu erkennen. So wie der Kleinhändler das Kapital nur als anonyme Macht begreifen kann, die ihm im jeweiligen Agenten der Banken, des Großhandels usw. entgegentritt, so stellt sich für den Terroristen das Kapital dar als der Polizist, der auf ihn eindrischt. Und der Terrorist, froh darüber, einen greifbaren Feind zu haben, drischt zurück, und je größer die Meute der uniformierten Staatsbüttel um ihn wird, desto weniger sieht er hinter ihnen den Staat und die Klasse, die ihn beherrscht.

Die neuen Terroristen selbst haben für diesen Kampf die beste Beschreibung gefunden: "Macht kaputt, was Euch kaputt macht!" Ihr Kaputtmachen ist aber nicht einfach Kaputtmachen, es ist vielmehr – so sagen uns die Terroristen mit der ihnen eigenen Bescheidenheit – Parisanenkampf. Und "883", das "Kampfblatt der Kommunistischen Rebellen", verkündet: " Bei uns ist Palästina. Wir sind Fedajin" (883, 41) (Fedajin sind die Kämpfer der palästinensischen Revolution). Es genügt also, daß sich ein paar Grüppchen zu Partisanen ernennen und Sprengsätze bauen, alles andere ergibt sich dann von selbst. Eine wissenschaftliche Theorie, eine feste Organisation, Analysen braucht man dann allerdings nicht. Folgerichtig erklären die "Kommunistischen Rebellen": "Es gibt nur eine Methode, den Staatsapparat richtig zu analysieren, nämlich durch den Kampf selber". Die Terroristen, die subjektivistisch die Kampfformen der verschiedenen revolutionären Bewegungen auf unsere Situation übertragen, sollten sich die Mühe machen, diese Bewegungen selbst zu studieren. Gerade die Fedajin, d. h. ihre Vorhutorganisation Al Fatah haben immerhin 8 Jahre (!) die Lage analysiert, bevor sie den ersten Schuß auf den Feind abgaben.

Die Abneigung der Terroristen gegenüber der revolutionären The-

letariats um seine Befreiung begreifen, heißt weiter die Führung des Proletariats und seiner Partei anerkennen. Das bedeutet für jeden, der sich diesem Kampf anschließt, Unterordnung der persönlichen Interessen unter die der Arbeiterklasse, das bedeutet: den Individualismus liquidieren. Aber genau an diesem Punkt wird selbst der kommunistischste aller "Kommunistischen Rebellen" rufen: "Das ist ja Stalinismus!" Denn kämpfen wollen sie gegen den Staat, und möglichst auch mit allen anderen – und auch mit uns – zusammen, aber ohne Disziplin, ohne Unterordnung.

Daher ihr vollkommenes Unverständnis für den notwendigen ideologischen Kampf innerhalb der Arbeiterbewegung. Sie begreifen nicht, daß dieser Kampf, in dem sich die verschiedenen kommunistischen Organisationen von einander abgrenzen, eine der Voraussetzungen für die spätere Vereinigung aller Marxisten-Leninisten in der KPD/ML ist. Sie wollen auch eine Einheit, aber sofort, und das ist die prinzipienlose Einheit auf dem Niveau der Straßenschlacht. So geben sie die Parole aus: "Vereinheitlichung durch gemeinsame Praxis auf der Straße". Und von der ideologischen Auseinandersetzung haben sie das begriffen: "Im gegenwärtigen Zeitpunkt steht es keiner Fraktion zu, eine andere Fraktion als unpolitisch zu beschimpfen. Denn wer ist eigentlich Anarchist, wer Maoist und wer Marxist? In der jetzigen Phase interessiert nur, wer abwiegelt und wer die Massen mobilisiert. Wer abwiegelt, bleibt ein Teil des Problems, wer die Massen mobilisiert, wird ein Teil der Lösung."

"Aktion!" schreit der Terrorist, "Praxis!" schreit sein Bruder, der Ökonomist. Und um die Massen kühn zu mobilisieren, überschütten sie die Arbeiterklasse mit einer Flut von "revolutionären" Sprüchen.

Während der eine jeden dazu aufruft, doch endlich mit dem Guerilla-Kampf zu beginnen, kann der andere an keinem Betrieb vorbeigehen, ohne gleich im Namen der verdutzten Arbeiter den Streik zu erklären. So gehen sie als Vertreter der kleinbürgerlichen bzw. der bürgerlichen Ideologie im Proletariat hausieren.

Und beide haben gegenwärtig den gleichen Schlager anzubieten: das Märchen von den Sektierern und Abwieglern, die sich Marxisten-Leninisten nennen, aber doch nur "Theoretiker" sind, die die Arbeiterklasse von ihrem Kampf fernhalten wollen.

Die Frage der Kampfformen

Die Terroristen nehmen kein Blatt vor den Mund und erklären die Marxisten-Leninisten zu "Kapitulanten, die sich auf die Legalität beschränken und so vor der Bourgeoisie sich in die Ecke verkriechen". Die "Proletarische Linke" (siehe RM «/70) folgert darüber hinaus: " der friedliche Weg, der die Kräfte des Proletariats als Vorbereitung auf den 'großen Tag' sammeln will, ist nur eine moderne Spielart des Revisionismus." (883, 62). Sie unterstellen uns also, wir würden den "friedlichen Weg" einschlagen, weil wir den individuellen Terror ablehnen und statt als kleiner Haufen sofort zu den Waffen zu greifen, den **gewaltsamen** Sturz der Bourgeoisie durch das Proletariat vorbereiten.

Unsere Ablehnung einer bestimmten Kampfform in einer bestimmten geschichtlichen Etappe fälschen sie um in eine grundsätzliche Ablehnung des bewaffneten Kampfes. In dem Aufsatz "Der Partisanenkrieg" (jedem Terroristen, der sich heute auf Lenin beruft, dringend zum genauen Studium empfohlen!) legt Lenin die Haltung der Kommunisten zur Frage der Kampfformen dar:

"Erstens unterscheidet sich der Marxismus von allen primitiven Formen des Sozialismus dadurch, daß er die Bewegung nicht an irgendeine bestimmte Kampfform bindet. Er erkennt die verschiedensten Kampfformen an, und zwar 'erfindet' er sie nicht, sondern faßt nur die im Verlauf der Bewegung von selbst entstehenden Formen des Kampfes der revolutionären Klasse verallgemeinernd zusammen, organisiert sie und verleiht ihnen Bewußtheit. Der Marxismus lehnt alle abstrakten Formeln, alle doktrinären Rezepte entschieden ab un 'd fordert ein aufmerksames Eingehen auf den sich tatsächlich abspielenden Massenkampf, der sich mit der fortschreitenden Entwicklung der Bewegung, mit dem wachsenden Bewußtsein der Massen, mit der Verschärfung der ökonomischen und politischen Krisen immer neue und mannigfaltige Methoden der Verteidigung und des Angriffs hervorbringt. Deshalb denkt der Marxismus gar nicht daran, ein für alle mal irgendwelche Kampfformen abzulehnen."

Und weiter:
"Zweitens fordert der Marxismus unbedingt ein **historisches** Herangehen an die Frage der Kampfformen ... Zu versuchen, die Frage der Anwendbarkeit eines bestimmten Kampfmittels zu bejahen oder zu verneinen, ohne eingehend die konkrete Situation der gegebenen Bewegung auf der gegebenen Stufe ihrer Entwicklung zu untersuchen, heißt den Boden des Marxismus völlig zu verlassen."

In einer Zeit, wo die Arbeiterbewegung gekennzeichnet ist vom Aufbau der Partei, wo also alle ideologischen, politischen und natürlich auch militärischen Voraussetzungen erst geschaffen werden, um den Kampf des Proletariats zu führen, dessen höchste Form der bewaffnete Aufstand ist, in einer solchen Zeit den Guerillakrieg zu erklären, eine "Rote Armee" auszurufen, wie kürzlich in Westberlin geschehen, das ist wohl ein wahres Lehrstück von Subjektivismus und Sektierertum.

So stehen die Terroristen abseits von der Arbeiterbewegung und sie denken nicht daran, ihren Platz aufzugeben. Und wenn sie von der Notwendigkeit der Arbeit unter den Massen sprechen, dann meinen sie damit stets eine Arbeit, die andere erledigen sollen. Sie selbst wollen die Fedajin bleiben: die Spezialisten des individuellen Terrors. Sie "agitieren durch unseren direkten Kampf" (883, 64). Und wenn sie sich hundertmal Maoisten nennen, in jedem ihrer Worte, in jeder ihrer Tat schaut doch der alte aufrüttelnde Terror, der noch ältere Anarchismus durch: eine kleine Anzahl von Entschlossenen nimmt **stellvertretend** für die Massen den Kampf gegen die Staatsgewalt auf. Eine Handvoll Bewaffneter schießt einen inhaftierten Brandstifter frei, erklärt das ganze zum Fanal, und die Massen sollen schön jubeln, sollen in der Befreiung Baaders ihre eigene erkennen.

Diese Massenfeindlichkeit gehört zum Terrorismus wie die Theorie- und die Organisationsfeindlichkeit. Vom Wirbel der Ereignisse mitgerissen, ohne theoretische und soziale Stützen: das sind wahrhaft die "Kommunistischen Rebellen".

Über die Aufgaben des ROTEN MORGEN

DEM KLASSENGEGNER DIE FAUST INS GESICHT!

Die ersten Ausgaben des ROTEN MORGEN als gedruckte Zeitung sind erschienen. Abgesehen von

Die Kritik kam jedoch von Arbeitergenossen unserer Partei, die auf dem Boden der Plattform des Zen-

5.) in sachlicher Diskussion und Polemik mit anderen marxistisch-leninistischen Gruppen die korrekte Linie des Aufbaus und der Politik der marxistisch-leninistischen Partei bestimmen,
6.) die Erfahrungen und Erfolge der marxistisch-leninistischen Bruderparteien aufzeigen und auswerten.

Kollektiver Agitator?

Das heißt, die Zeitung muß
1.) zu konkreten Aufgaben der Arbeiterklasse, zum Beispiel Streiks, Kampf gegen Preissteigerungen usw. anleitend Stellung nehmen,
2.) an konkreten Beispielen die Bourgeoisie demaskieren und die Taktik der Revisionisten entlarven,
3.) zu aktuellen politischen Fragen vom Klassen-